

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Seitzer Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige  
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 36.

Sonnabend, den 7. September 1912.

16. Jahrgang.

## Inhalt.

**Hauptblatt:** Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Doppelte Moral. — Die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung und die Aufgaben der Regierung. — Ins Schwarze getroffen. — Der Hungertribut. — Unternehmerdant an die christlichen Gewerkschaften. — Korrespondenzen. — Steinausschreibungen. — Aufruf an die Gewerkschaftsmitglieder in Hamburg, Altona und Umgebung. — Rundschau. — Gedicht: Sedan. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.  
**Beilage:** Wirtschaftliche Rundschau. — Aus dem bayrischen Gewerbeinspektionsbericht. — Bericht des internationalen Steinarbeitersekretariats. — Eine Riesenjüngling in einem Steinbruch. — Der Widerstand einer Arbeitszeitverkürzung in der Holzindustrie. — Literarisches. — Feuilleton: Reisepaulereien.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Gesperret sind:** Windischeschenbach: Firma Zimmer & Meyerhöfer. — Lüttschendorf (Baden): Firma Moritz Cheregetti. — Hasserode und Sandtal: Granitwerke Steinerne Renne. — Kleinheubach: Firma Moß & Komp.

**Burgen, Ködnitz, Falkenhain und Umgebung.** Die Firmen Ködnitzer Aktienwerke, Busse, Laue und Zachmann sind gesperrt. In diesen Orten besteht seitens der Unternehmer die „geheime“ Sperre.

**Alt-Wartha.** Die Hilfsarbeiter bei den Firmen Zeidler und Schilling stehen in Lohnbewegung. Öffentlich lassen sich die Firmen nun endlich zu einer Verständigung herbei.

**Rößchen-Taubenheim (Sachsen).** Zum erstenmal ist mit den Granitwerksbesitzern ein Tarif zum Abschluß gekommen. Es stehen nun hier alle Granitarbeiter unter tariflich geregelten Verhältnissen.

**Bahren (Sachsen).** Mit dem Betriebsdirektor, Herrn Döge, der Firma Gebrüder Zachmann konnte wegen der Pflastersteinarbeiter ein Tarif abgeschlossen werden.

**Saargemünd.** Die Granitarbeiter der Firma Schmucker sind in den Streit getreten.

**Schweiz.** Laufen ist zu meiden.

**Defterreich.** Gesperret sind: Reichenberg, Gablonsz, Stanislau, Trieste, Marbach, Budapest, Györ.

## Doppelte Moral.

Als Folge der wüsten Hezereien der Scharfmacher läßt sich, soweit die öffentliche Meinung in der bürgerlichen Presse zur Geltung kommt, eine erschreckende Begriffsverwirrung konstatieren. In gedankenlosem Nachbeten scharfmacherischer Argumentation verurteilt man, unter dem Aufwand moralischer Entrüstung, Handlungen bei Arbeiten, die von Untergebenen begangen, wenn nicht als besonders lobenswert, mindestens aber doch als selbstverständlich und durchaus berechtigte Taten angesprochen werden. Einige Fälle aus der Praxis mögen das illustrieren. Die „Nordd. Allgemeine Zeitung“ Nr. 181 berichtet:

Ein Fall widerrechtlicher Boykotts hat dieser Tage seitens des Amtsgerichts Reichenthal seine Sühne gefunden. Einem dortigen Bäckergehilfen, der sich weigerte, der Gewerkschaft beizutreten, kündigte der von der Gewerkschaft mit Boykottandrohung eingeschüchterte Meister. Der so um seine Existenz Bekommene klagte mit dem Erfolg, daß ihn die Gewerkschaft schadlos halten muß. Das Urteil stützt sich auf § 826 des bürgerlichen Gesetzbuchs, wonach derjenige, der in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem andern vorsätzlich Schaden zufügt, dem andern zum Ersatz verpflichtet ist.

Dazu bemerkt das offiziöse Organ recht klippig: „Dem Beitrittszwang zur Gewerkschaft ist durch diese Gesetzesbestimmung rechtlich eine praktisch nicht immer genügend wirksame Schranke gezogen.“ — Wir lassen unerörtert, ob der Fall so liegt, wie hier geschildert, unterstellen vielmehr, daß es so sei. Keinem Spießer wird es einfallen, solchen „Terror“ entschuldigen zu wollen. Aber merkwürdig, keine Entrüstung macht sich breit gegen Unternehmer, die ähnlich und schlimmer verfahren. Und sie sind bereit vor den Fängen der Justiz. Kürzlich erst hat die oberste Instanz entschieden, daß der Boykott von Unternehmern gegen Unternehmer, mit dem Ziele, die Boykottierten zu zwingen, sich den Anordnungen und Beschlüssen eines Syndikats zu fügen, nicht gegen die guten Sitten verstoße, auch dann nicht, wenn der Boykott dem Zweck zu einer Vernichtung der Existenz führe. Daß die Konservativen den Boykott als PreSSIONS- und Strafmittel rücksichtslos ausüben, und die Vernichtung der Existenz politisch Mißliebiger led als ihr gutes Recht in Anspruch nehmen, ist allbekannt, aber keiner der patenten Ordnungshüter regt sich darüber auf. Viel markanter noch grinst uns die zwiespältige Moral der kapitalistischen Sittenrichter entgegen, wenn wir uns auf dem Felde der sogenannten freien Freiheit der Arbeit umsehen. Die „Kölnische Zeitung“ orakelt kürzlich also:

Das Nürnberger Schöffengericht hat ein Urteil gefällt, das die öffentliche Aufmerksamkeit auf ein besonders verwerfliches System von Terrorismus in der Gewerkschaftsbewegung lenkt. Der Sachverhalt ist folgender: Bei einer Nürnberger Malerfirma waren fünfzehn der freien Gewerkschaft und zwei dem Hirsch-Dunderschen Gewerksverein angehörige Schiffsen beschäftigt. Die Gewerkschaftler

suchten die Hirsch-Dunderschen zum Uebertritt in die Gewerkschaftsorganisation zu veranlassen, wobei der in der Arbeiterbewegung nicht mehr ganz neue Ausdruck gebraucht wurde: „Entweder ihr tretet über oder ihr fliegt hinaus“ (nämlich aus der Arbeitsstelle). Als dieses lebenswürdige Jureden keine Wirkung hatte, legten die Gewerkschaftler die Arbeit nieder mit der Begründung, sie wollten mit Gewerksvereinslern nicht zusammenarbeiten. Die Firma mußte nachgeben und die beiden Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinsler entlassen. Daraufhin nahmen die Gewerkschaftler die Arbeit wieder auf. Es kam zur Klage wegen Vergehens gegen die Koalitionsfreiheit nach § 153 der Reichsgewerbeordnung und auf Grund des geschilberten Tatbestands erkannte das Schöffengericht unter kurzer Begründung „wegen Vergehens gegen die Koalitionsfreiheit“ auf je sieben Tage Gefängnis gegen fünf Angeklagte, die beiden übrigen wurden freigesprochen. Der Anwalt hatte sogar Strafen von drei und zwei Wochen beantragt. Man kann mit der grundsätzlichen strengen Auffassung des Gerichts nur einverstanden sein.

Die Notiz macht die Kunde durch die Presse der offenen und versteckten Arbeiterfeinde. Natürlich fehlt dabei die Zentrums- und die Reichspresse nicht. Wir fanden sie in verschiedenen moralischen Saucen serviert. Den nackten Tatbestand aus der sensationell frisierten Aufmachung herausgeschält, liefert folgenden Vorgang. Einige Arbeiter weigern sich, mit andern zusammen zu arbeiten, sie stellen deshalb ihre Tätigkeit ein! Nichts, wenn nicht sein eigenes Interesse, zwingt den Unternehmer, die andern zu entlassen. Er kann für diejenigen, die mit seinen Lieblingen nicht auf einem Arbeitsplatz zusammen tätig sein wollen, andre Leute einstellen. Weil er jedoch befürchtet, keine leistungsfähigen Arbeiter zu bekommen, oder weil er die erprobten Kräfte nicht missen will, entläßt er die Lieblinge. Für diese ist das gewiß unangenehm; solche Konflikte und Gegenjählichkeiten sind auch gewiß nicht erfreulich, wir wollen sie auch nicht generell verteidigen. Wo die Lieblinge sich als Preisverderber, Akkordbrecher, Angeber und Speichellecker hervortun, ist jedoch die Weigerung, sie als Kollegen zu dulden, durchaus berechtigt. Die Weigerung, mit solchen Edelmenschen an einer Werkstatt zu schaffen, kann ein Gebot der Selbstachtung, des Reinlichkeitsbedürfnisses und der Wahrnehmung berechtigter Interessen sein. Da gibt es kein Wenn und kein Aber! Es wäre unerhörte Sklaverei, sollte es jemanden verwehrt sein, sich aus der Nachbarschaft eines solchen Menschen zu entfernen. Und es muß ihm auch freistehen, dem Unternehmer zu sagen: wenn dieser Gentleman bleibt, gehe ich.

Welche Verwirrung der Begriffe darin liegt, den Arbeitern solches Recht abzuspochen, beweist eine einfache Würdigung des Verhaltens der Unternehmer. Diese betrachten es als unantastbaren Grundsatz, allein darüber zu entscheiden, ob er mit irgendeinem Beschäftigten weiter arbeiten will oder nicht. Ist ihm ein Arbeiter zuwider, kündigt er ihm. Ja, viele Unternehmer lehnen es ab, organisierte Arbeiter zu beschäftigen, oder sie verlangen unter Androhung der Kündigung den Austritt aus der Organisation. Die Berufsverweigerung Mißliebiger durch schwarze Listen zc. gehört zu den weitverbreitetsten Kampfmitteln der Unternehmer. Das betrachtet man als ihr selbstverständliches Recht. Sie dürfen nach der herrschenden Moralanschauung jeden, der ihnen nicht paßt, von der Arbeit ausschließen, weil sie Eigentümer der Produktionsmittel sind. Und kein Sittenpriester wird wegen des Terrorismusses der Unternehmer von Eruptionen der Entrüstung erschüttert, und kein Hüter der Rechtsordnung paßt mit starkem Arm den Frevler gegen die Freiheit der Arbeit.

Ganz ungeniert und ungehört verstößt wider diese Freiheit auch der Vater Staat. Er erhebt die Mißachtung solcher Freiheit sogar zum Prinzip. Unter dem johlenden Beifall der ganzen christlichen und unchristlichen Korona, die sich in heiliger Empörung über die freien Gewerkschaften nicht genug tun kann, erklärt der Staat: **Sozialdemokraten dürfen in Staatsbetrieben nicht beschäftigt werden!** Wenn unjaubere Elemente aus gemeinen Motiven einen Eisenbahner als frei organisiert denunzieren, dann soll ihn Vater Staat aufs Pfahle werfen. Das ist nach Ausdeuteransicht vollständig in Ordnung.

Jeder kann arbeiten, mit wem er will — — wenn er Unternehmer ist. Für den Arbeiter gilt solcher Grundsatz nicht. Zwar ist er der Besitzer seiner Arbeitskraft, aber er soll nicht frei entscheiden dürfen, wie er von der Freiheit der Arbeit Gebrauch machen will, er soll, wenn es dem Unternehmer gelüftet, Verräter als Arbeitsgenossen dulden. Wehrt er sich dagegen, dann heult man in der Runde der Ausbeuter und ihrer Trabanten wütend auf über Unduldsamkeit, Mangel an Energie und Beschränkung der Arbeitsfreiheit. Das ist eine Moral mit doppeltem Boden. Daß man sie ganz ungeniert vertritt, beweist, daß die Begriffsverwirrung und Verwirrung schon tief eingewurzelt und weit verbreitet ist.

Es tut not, das heuchlerische Getue der kapitalistischen Interessensvertreter einmal an den Pranger zu stellen. Der Terrorismus der Staatsgewalten und Unternehmer gegen Arbeiter und ihre Organisationen soll als moralisch einwandfreie Tat gelten. Die Wehr der Arbeiter gegen Verräter und Schmutzfinken macht man zu Staatsverbrechen, zu unsittlichen Handlungen. Das kapitalistische Interesse schneidert stets das erforderliche moralische und ethische Mantelchen. Was dem Profit dienlich ist, schmüdet der Glorienschein erhabener Tugend, was ihr hinderlich erscheint, brandmarkt die verlogene kapitalistische Moral als Sünde und Verbrechen! Und immer laufen diese Moralpauleteien auf die

Propagierung von Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiter hinaus.

Der bekannte Generalsekretär Bued sprach es offen aus: **Wir, die Unternehmer, wollen die Gewerkschaften zerschmettern!** Das wollen sie alle! Nur sagt man es nicht bei den in Vorschlag gebrachten Mitteln. Der Zentralverband Deutscher Industrieller ließ es mit seinem Antrage zum Strafgesetzbuch noch am deutlichsten durchblicken. Zuerst er doch das Verbot der Ueberwachung von Arbeitsplätzen, Wegen, Straßen usw. unter Androhung einer Strafe bis zu 1000 Mk. oder Gefängnis bis zu einem Jahre. Dabei erleben wir heute schon kaum zu überbietende Ausschreitungen der Streikjustiz. Die Polizei gar kümmert sich den Teufel um das Koalitionsrecht. Sie schlägt dem Recht und Gesetz ein Schnippchen. Die berufenen Hüter der Rechtsordnung freuen sich darüber und sind mit Entrüstung geladen gegen angebliche Gesetzesverletzungen von anderer Seite. Ueberall daselbe Doppelspiel: was der Unternehmer als Recht beansprucht, soll von Arbeitern ausgeübt, ein strafbares Vergehen sein. Dagegen protestiert die Arbeiterschaft mit der Forderung: Gleiches Recht für alle!

Die Freiheit des einzelnen, selbst zu bestimmen, mit wem er arbeiten will, muß mindestens ebenso geschützt sein, wie das Recht des Unternehmers, zu beschäftigen, wen er will.

## Die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung und die Aufgaben der Regierung.

Durch unzulänglichen Lohn, unsichere Einkommensverhältnisse und lange Arbeitszeit ist die Lage der Lohnarbeiter zu einer so ungünstigen gemacht worden, daß Unterernährung, gesundheitliche Schädigung und soziale Hilfsbedürftigkeit selbst bei vollkommenster Ausnutzung der Arbeitskraft und ununterbrochener Erwerbstätigkeit unvermeidlich sind. Frauen und Kinder werden durch die Unausgünstigkeit der wirtschaftlichen und sozialen Lage zur Mitarbeit gezwungen, um überhaupt das Notwendigste beschaffen zu können. Ohne Frauen- und Kinderarbeit ist eine auch nur einigermaßen geregelte Lebenshaltung der Lohnarbeiterfamilie einfach nicht möglich. Zuerst sind demzufolge die Gefahren, Schäden und Nachteile für die Ernährung, Gesundheit und Erziehung. Die Volkskraft wird im kapitalistischen Interesse untergraben und aufgerieben; es wachsen die Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für die zunehmenden sozialen Aufgaben.

Da sollte es die erste Aufgabe des Staates sein, zugunsten einer durchgreifenden Hebung der Lebenshaltung der Lohnarbeiterfamilie und zugunsten der Volksgesundheit und des allgemeinen Wohlstandes einzugreifen. Es sollte die oberste Aufgabe des Staates sein, in erster Linie die Interessen der wirtschaftlich Schwachen zu schützen und mit allen Mitteln zu fördern. Zwar besteht ein gegenseitiger Arbeiterschutz und es bestehen Arbeiterversicherungsgeetze. Doch diese haben es nicht verhindern können, daß die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung dauernd unter das zum menschenwürdigen Dasein notwendige Maß erhalten bleibt. Sie haben weiterhin nicht verhindern können, daß die Frauen- und Kinderarbeit dem Unternehmertum in einem steigenden Maße dazu dient, die menschliche Arbeitskraft zu entwerten, die Abhängigkeit und Bedürfnislosigkeit zu erhalten. Dagegen steht der Klassenstaat der proletarischen Selbsthilfe allen nur erdenklichen Widerstand entgegen — im alleinigen Interesse der Unternehmer, Kapitalisten und Grundbesitzer. Die klassenstaatliche Regierung enthält sich auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, sobald es sich um Arbeiterfragen handelt, der gesetzgeberischen Initiative, wenn die herrschenden und herrschenden Klassen sich dieser Initiative entgegenstellen. Sie bemüht sich nicht einmal, der unsozialen Lage und der unzulänglichen Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung das erforderliche Verständnis entgegenzubringen. Wie könnten sonst die Vertreter der Regierung aus Anlaß der parlamentarischen Erörterung neuer Steuervorlagen davon sprechen, daß die zu bewilligenden Steuern auf den notwendigen Bedarf gerechtfertigt seien und ohne Schaden den „tragfähigen Schultern“ der Arbeiterbevölkerung auferlegt werden könnten. Wie wäre es sonst möglich, daß von den Vertretern der Regierung behauptet wird, für alle Lebenslagen des Arbeiters sei voll auf gefordert „bis in das hohe Alter!“ Und wie wäre es sonst möglich, daß Regierungsbürokraten, wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, die Arbeiterschaft mit Schmähungen überhäufen und für ihre unsoziale Frage verantwortlich machen. Schrieb doch das genannte Blatt des Reichskanzlers im August 1910 zur Lage und Lebenshaltung der Arbeiter:

„Die hohen Preise für Lebensmittel empfindet das Bürgertum nicht weniger hart als das Proletariat. Aber wie gut es der Arbeiterschaft trotz der Teuerung noch geht, davon kann man sich insbesondere auf Bauplätzen und in Schantwirtschaften überzeugen. Ob freilich die Familien der Bauhandwerker beispielsweise ebenso ansiebig frühstücken, wie das Familienoberhaupt, ist eine andere Frage. Und wenn dann zu Hause Schmalhans als Küchenmeister herrscht, so ist es leicht und billig, die „goldgeschwollenen Parasiten“ und die „Blusaugerkamarilla“ dafür verantwortlich zu machen, daß Frau und Kinder hungern müssen.“

Eine solche Auslassung verrät nicht nur einen großen Mangel an sozialem Verständnis, sie grenzt an bewußte Entstellung und böswillige Verallgemeinerung. Erst werden die hohen Lebensmittelpreise als hart zugegeben, ja, es wird sogar gesagt, daß auch das Bürgertum — das doch wirtschaftlich und sozial in jeder Hinsicht besser gestellt ist als die Arbeiterschaft — in demselben Maße darunter leidet, wie die Arbeiterbevölkerung. Da lag doch der Schluß sehr nahe, daß die Arbeiterschaft unter der Verteuerung der Lebenshaltung ganz besonders schwer zu leiden hat. Aber statt dessen wird das ausgiebige Frühstück der Bauarbeiter dafür verantwortlich gemacht, daß Frau und Kinder hungern müssen. Es ist aber doch selbstverständlich, daß schwere Arbeit auch eine kräftigere Ernährung erfordert. Viele Berufe — es sei nur an die Fiegelträger erinnert — könnten ohne eine reichlichere Nahrungsaufnahme gar nicht ausgeübt werden. Die Unberücksichtigung dieses selbstverständlichen Momentes wirkt ein bezeichnendes Licht auf das soziale Verständnis derer, die sich solcher Miß-

beachtung schuldig machen, um dadurch ihre arbeiterfeindlichen Schlüsse und Folgerungen ziehen zu können; wirkt ein bezeichnetes Bild auf ihren guten Willen, den unangenehmsten Verhältnissen des arbeitenden Volkes gerecht zu werden. Ganz unvorstellbar aber ist die Verallgemeinerung. In den meisten Gewerkschaften ist es der Arbeiter nicht vergönnt, ausgiebig zu fröhlichen, obwohl es sehr angebracht wäre. Soll aber der Umstand, daß auch hier Frau und Kinder hungern müssen, ebenfalls mit dem ausgiebigen Fröhlichkeit der Bauarbeiter erklärt werden? Das geht doch wohl nicht an -- aber zugegeben ist doch der Umstand, daß Frau und Kinder hungern müssen! Und weiter, ist denn überhaupt das Fröhlichkeit der Bauarbeiter so sehr „ausgiebig“? Unsere Regierungsmänner würden es sicher als zu frugal ansehen!

Mittlerweile scheint sich aber das Organ des Reichsanwalters auf mancherlei Tatsachen besonnen zu haben, die denn doch eine mehr sachliche Stellungnahme gegenüber der Lage und Lebenshaltung des arbeitenden Volkes forderten. Da waren die Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung, da waren die statistischen Erhebungen über die Lebensmittelpreise. So konnte die Zunahme der Erwerbstätigkeit der Frauen und Kinder unmisslich mit einer Erweiterung der Fröhlichkeit der Bauarbeiter -- etwa durch Auster und Wein -- erklärt werden. Und so schreibt denn nach zwei Jahren heute das Reichsanwalterblatt:

„In Deutschland hat die erwiesene Verteuerung des Lebens durch die Nahrungsmittel 90 bis 100 Mt. erreicht, das teure Jahr 1909 mit den Durchschnitt der Jahre 1890 bis 1899 und 1900 bis 1900 verglichen. Sie ist aber durch eine Erhöhung des Wochenlohnes um 2 Mt., des Stundenlohnes um 4 bis 5 Pf. wettgemacht. Diese Steigerung des Lohnes ist überall eingetreten, oft weit überschritten worden. Bleibt man allerdings in Betracht, daß auch die Mieten gestiegen sind, teilweise ganz erheblich; daß der Staat, die Partei usw. größere Geldforderungen an den Arbeiter stellen als früher, so zeigt sich, daß das für ein mäßiges Auskommen einer vierköpfigen Familie erforderliche Einkommen von 1500 Mt. von dem größten Teil der ungelerten Arbeiter heute durch den Lohn allein noch nicht gedeckt wird. Da müssen Kinder und Ehefrauen mitarbeiten. Immerhin wird jene Summe heute von einer größeren Zahl von Arbeiterlohnnehmern erreicht und überschritten als früher die notwendigen Summen von 1200 und 1300 Mt. Diese Feststellungen geben die erfreuliche Gewißheit, daß unser Arbeiterstand in der Entwicklung der Zeit nicht verendet, sondern daß er, wenn auch langsam und unter schwierigen Verhältnissen, seinen Lebensstand aufbessert.“

Daneben ist in den beiden letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts eine ganz erhebliche Verteuerung des Lebensunterhaltes eingetreten, die allerdings durch Lohnaufbesserungen wettgemacht sein soll. Was haben aber Lohnaufbesserungen für einen Wert, wenn dadurch nur Teuerungsverhältnisse wettgemacht werden? Nun ist aber in dem Jahrzehnt von 1900-1910 eine so einschneidende Verteuerung aller Lebensmittel und Gebrauchsmittel eingetreten und ein häufiger Gegenstand öffentlicher und parlamentarischer Verhandlungen gewesen, so daß von einem Ausgleich durch Lohnaufbesserungen nicht gut die Rede sein kann. Dabei steigen die Lebensmittelpreise und Mieten immer noch! Es ist deshalb ein billiger Trost des Regierungsblattes, daß heute eine größere Zahl von Arbeiterlohnnehmern die zum Lebensunterhalt erforderliche Summe überschreiten oder erreichen, als das früher der Fall war. Und was will das besagen, wenn in Betracht gezogen wird, daß diese „erfreuliche Gewißheit“ mit Hilfe der Frauen- und Kinderarbeit angekrebt werden muß? Das ist doch weder ein Gewinn für das Volk, noch ist es eine „erfreuliche“ Tatsache! Wenn aber das Regierungsblatt sagt, es ist eine „erfreuliche Gewißheit, daß unser Arbeiterstand in der Entwicklung der Zeit nicht verendet, sondern daß er, wenn auch langsam und unter schwierigen Verhältnissen, seinen Lebensstand aufbessert,“ so muß doch die erste Frage aufgeworfen werden, wessen Verdienst die langsame Aufbesserung des Lebensstandes der Arbeiterbevölkerung denn ist? Etwa die Regierung? Diese hat durch den Rund des Reichsanwalters erklärt, daß sie mit allem Nachdruck an unserem bewährten Wirtschaftssystem, d. h. an der volkseigenen Politik der Rölle und indirekten Steuern festhalten gesonnen ist! Das ist mit aller gesetzlichen Mitteln der modernen Arbeiterbewegung entgegengetreten wird! Sind das die Aufgaben der Regierung, die Arbeiterfrage, die nach dem eigenen Eingeständnis des Reichsanwalters zum überwiegenden Teil die zum Lebensunterhalt erforderliche Summe durch den Lohn nicht zu decken vermag, mit Lebensmittelpreisen und indirekten Steuern zu belasten und so zur Verschlechterung der Lebenshaltung beizutragen? Sind das die Aufgaben der Regierung, der Frauen-, Kinder- und Heimarbeiter mit all ihren Benachteiligungen der geistigen, gesundheitlichen und sozialen Entwicklung Vorschub zu leisten? Sind das die Aufgaben der Regierung, der freien Arbeiterbewegung und damit der organisierten Selbsthilfe der arbeitenden Bevölkerung, die auf Verbesserung des Lebensstandes hinwirkt, mit allen gesetzlichen und ausnahmegesetzten Mitteln entgegenzuarbeiten? Fürwahr, die Regierung hat ganz andere, höhere und freierliche Aufgaben!

Das Regierungsorgan des Reichsanwalters spricht es als eine „erfreuliche Gewißheit“ an, daß der „Arbeiterstand“ seine Lage verbessert. Es sagt aber auch, daß diese Verbesserung „langsam und unter schwierigen Verhältnissen“ vor sich geht. Nun, wer ist schuld daran? Zunächst das Unternehmertum, das die Arbeiterschaft darben läßt -- selbst nach der Darstellung des Reichsanwalters! Das Unternehmertum, das jede geringfügige Lohnforderung als undenkbar und unversämmt zurückweist -- obwohl doch nach dem Eingeständnis der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, die ausdrücklich feststellt, daß das für ein mäßiges Auskommen einer vierköpfigen Familie erforderliche Einkommen von 1500 Mt. von dem größten Teil der ungelerten Arbeiter heute durch den Lohn allein noch nicht gedeckt wird, ganz andere und weitgehende Forderungen der Arbeiter gerechtfertigt wären, als tatsächlich erhoben werden. Das Unternehmertum trägt natürlich die Hauptschuld! Und die Regierung -- hat sie nicht das unpolitische und ablehnende Verhalten des Unternehmertums begünstigt und unterstützt? Hat sie nicht hervorragenden Anteil an der Bekämpfung der Arbeiterbewegung genommen und zudem eine Streikjustiz propagiert, die jeder Beschreibung spottet? Ist sie nicht mit ihren scharfmacherischen Maßnahmen gegen die staatlichen Arbeiter und Angestellten, denen sie das Koalitionsrecht einfach entzog, um die Selbsthilfe unmöglich zu machen, vorangegangen?

Die Schuld der Regierung ist kaum geringer, als die des privaten Unternehmertums, denn sie hat in gleicher Weise der Verbesserung des Lebensstandes der arbeitenden Klassen Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Die Arbeiter aber -- und ganz besonders die großen Massen der ungelerten und halbgelerten Arbeiter -- mögen erkennen, daß eine wirkliche Verbesserung ihrer Lage nur durch ihre Organisationen möglich ist und daß sie nicht darauf warten darf, bis sich die Regierung auf ihre Aufgaben besinnt!

## Ins Schwarze getroffen.

Sehr niedergeschlagen ist die christliche „Keramarbeiterzeitung“, weil unser Verband im Magener Bezirk ein wirksames Flugblatt verteilen ließ. Herr Fromm windet und dreht sich in seinem Blättchen wie ein Mal, um diesen fatalen Eindruck verwischen zu können. Aus dem Magener Bezirk sind uns einige Zuschriften zugegangen, in welchen dargelegt wird, daß es die Steinarbeiter sehr interessiert, über die Buch- und Kassenführung des Zentrumsverbandes einiges erfahren zu können. -- Es ist bezeichnend, daß Herr Fromm keinen Versuch unternimmt, um diejenigen Punkte klarzustellen, die wir beantwortet wissen wollten. -- Ja, ja, das verflixte Zahlenmaterial ins Reine zu bringen, ist eben nicht so leicht.

Im schwarzen Blättchen wird auch nicht der geringste Versuch unternommen, die Schweigekammer der Sekretäre

Brendel, Lechner II und Schedel bei den Tarifverhandlungen zu beschönigen. Da gibt es eben keine Verteidigung.

Wie uns aus Mayen geschrieben wird, hat gerade dieser Teil im Flugblatt unter den Zentrumsmitgliedern eine mächtige Ausregung hervorgerufen. Die gewisslich organisierten Steinarbeiter sind teilweise empört über ein solches Verhalten einiger Sekretäre. So was können selbst die christliche Organisten nicht verstehen.

Die ganze christliche Generalversammlung stand unter dem Eindruck des verteilten Flugblatts. Gelesen wurde es sehr fleißig. Jeder Delegierte war im Besitze eines Exemplars. Die Delegierten besprachen die einzelnen Stellen in ausführlicher Weise, und wie die „Keramarbeiterzeitung“ mitteilt, haben sich dieselben auf dieses Flugblatt hin sehr eingehend um das Massenwesen erkundigt.

Nach den „hohen“ Gönnern der Zentrumsmitgliedern wurde das Flugblatt überreicht, so dem Bürgermeister, Landrat, Stadtpfarrer usw.

Die Steinarbeiter waren über die Flugchrift sehr erfreut, und unser Verband hat im Magener Gebiet dadurch seine Position noch mehr festigen können.

Die Zentrumsarbeiten in Mayen mit Hochdruck, um den „roten“ Verband auszurotten zu können; aber hierzu fehlt den schwarzen Machern das nötige Geschick. Die Kollegen sehen, daß der Steinarbeiterverband (Sitz Leipzig) eine andre wirtschaftliche Organisation darstellt, als wie das bedeutungslose Keramarbeiterverbändchen. Und wenn die Freunde Fromms beschlossen haben, in Mayen mit Hochdruck zu arbeiten, so werden auch unsere Kollegen in der Agitation intensiv tätig sein.

Die Christlichen geben an, daß sie heute etwa 7000 Mitglieder in ihrem Verbands haben. Dabei organisieren sie in der Porzellan-, Glas-, Stein- und Ziegelindustrie. In der Industriegruppe Steine und Erden sind netto 700 000 Personen beschäftigt. Die Schwarzen haben 7000 = 1 Prozent organisiert. Angesichts eines so traurigen Organisationserfolges muß allerdings den Keramikern Angst und Bange um ihre Zukunft werden.

## Der Hungertribut.

Wieviel Fleisch soll der gesunde, ausgewachsene, kräftige Arbeiter essen? Die deutsche Regierung weiß es sehr gut! Hat sie doch seit Jahrzehnten bis auf das einzelne Gramm ausgerechnete Ernährungsstabellen für Arme- und Marineoldaten. Es ist für sie von größtem Interesse, daß ihr zur Verfügung stehende Lebensmittel gesund zu erhalten, wenn auch auf der andern Seite das gebilligte Proletenpad sich beim Reserveneffen natürlich nicht im Karabiee fühlen soll. Die wöchentlichen Normalrationen des Marineoldaten, die er bekommt, wenn er in heimischen Häfen stationiert ist, geben aus all diesen Gründen einen guten Maßstab für das Normalquantum an Fleisch ab, welches zur Erhaltung eines jungen kräftigen Mannes notwendig ist. Die Bestimmung selbst lautet:

### Pro Woche

800 Gramm Rindfleisch	
750 " Schweinefleisch	
800 " Hammelfleisch	

auf 2350 Gramm Fleisch.

Zweieunddrittel mal 2,35 Kilogramm ergibt eine Jahresration von 122,2 Kilogramm oder 244 1/2 Pfund.

Es kostet in der ersten Hälfte des August 1 Kilogramm Rindfleisch im Kleinverkauf zu 180 Pfg., 1 Kilogramm Schweinefleisch 168 Pfg. und 1 Kilogramm Hammelfleisch 196 Pfg. Wollte nun ein erwachsener Arbeiter einmal das beste Jahresquantum Fleisch verzehren, wie es dem Marineoldaten gewährt wird, so hätte er nach dem jetzigen Stande der Kleinverkaufspreise auszugeben für

41,6 Kilogr. Rindfleisch	41,6 x 180 Pfg. = 74,88 Mt.
39,0 " Schweinefleisch	39,0 x 168 " = 64,74 "
41,6 " Hammelfleisch	41,6 x 196 " = 81,64 "

zusammen 122,2 Kilogramm Fleisch = 225.- Mt.

Eine Arbeiterfamilie muß natürlich noch wesentlich mehr verzehren als ein Mann. Der Reichsdurchschnitt der Familiengröße ergibt eine Kopfszahl von 4,70 pro Familie. Wenn wir für den Mann eine und für Frau und drei Kinder eine weitere Marineoldatenration rechnen, so müßte ein Arbeiter für sich und seine Angehörigen, wenn er auch nur so leben wollte wie der Staat seine Soldaten ernährt, im Jahre rund 245 Kilogramm Fleisch kaufen, die jetzt einen Einkaufswert im Kleinverkauftum von 450 Mt. haben!

In Preußen betragen neunundachtzig Prozent aller Steuerpflichtigen ein Einkommen von unter 3000 Mark. Familienväter, die wöchentlich 25 Mt. und weniger verdienen, gibt es Hunderttausende. Sie haben ein Jahreseinkommen von rund 1300 Mt. Wer glaubt daran, daß diese Familien von ihrem Jahreseinkommen rund 450 Mt. allein für Fleisch ausgeben können?

Nun aber noch weiter. Enthüllen wir die ganze Schamlosigkeit des durch die Gesetzgebung unterstützten Fleischwunders noch gründlicher. Das Kaiserliche Statistische Amt veröffentlichte im Juni 1909 eine große Arbeit über den Haushalt unbemittelter Familien. Ein Sonderabschnitt betraf dabei die 1907 erfolgten Nahrungsmittelausgaben von 150 Arbeiter- und 60 Beamtenfamilien. Dabei wurde festgestellt, daß der Fleischkonsum dieser 210 Familien im Durchschnitt -- Familieneinheit 4,76 Köpfe, also ganz nahe dem Reichsdurchschnitt von 4,70 Köpfen -- im Jahre 130,6 Kilogramm Fleisch betrug!

Mit andern Worten: Im Jahre 1907 verzehrte eine ganze Arbeiterfamilie nur eine Kleinigkeit mehr Fleisch als dem einzelnen deutschen Marineoldaten durch die Regierung zugebilligt ist. Jetzt ist der Fleischverzehr für die Arbeiterfamilie aber viel ungünstiger geworden. Man kann deshalb ruhig feststellen: in Deutschland ist der Fleischwunder so außerordentlich, daß Hunderttausende von Proletarierfamilien gerade so viel Fleisch essen, wie ein Soldat. Oder anders: Die Fleischernährung ist für die deutsche Arbeiterfamilie um hundert und mehr Prozent schlechter als die des Soldaten!

Dabei muß festgestellt werden, daß diese Unterernährung nicht nur für das Fleisch, sondern wie wir vor einiger Zeit schon einmal feststellten, für die gesamte Ernährung der Arbeiterfamilie zutrifft. Unter solchen Umständen schafft nur der Gewissenlos und derjenige, der am Hungern des Volkes seine Geschäfte macht, keine Abhilfe!

Festgestellt muß aber noch werden, wieviel der Staat durch seine indirekten Steuern (Zölle usw.) an jedem Kilogramm Fleisch, das sich die Arbeiterfamilie leistet, noch extra wuchert.

### An indirekten Steuern entfallen auf

1 Kilogramm Fleisch	35 Pfg.
1 " Speck	36 "
1 " Schmalz	10 "
1 " Butter	20 "
1 " Margarine	20 "
1 " Käse	15 "
1 " Eier (20-25 Stück)	2 "

So wird in Deutschland der Hungernde behandelt!

### Fleischpreise und Grenzbevölkerung.

Die unweit der elbisch-französischen Grenze erscheinende, politische farblose Thanner Zeitung meldet:

„In den benachbarten Grenzorten von Sulzbach bis Rhodern (Thann) und bis hinauf nach Pöftrichhausen ist von einer Fleischteuerung nichts zu bemerken. Die Leute decken ihren Bedarf zum großen Teil in La Chapelle, Sarce, Petit-Croix und wie die fran-

zösischen Grenzörter alle heißen mögen. Da erhalten sie das Pfund Fleisch zu 60 Centimes oder 48 Pfg., dabei erstklassige Ware! Es wimmelt darum auf den Grenzstraßen nur so von Kadifzern, die mit dem Rücken der Hausfrau über die Grenze fahren, besonders an Sonnabenden und Sonntagmorgen; die entfernteren Dörfer erziehen sich dieser Begünstigung nicht, weil die Ergebnisse, vier Pfund Fleisch zu frei einzuführen, sich bloß auf die Bewohner des Grenzbezirks erstreckt. Der Metzger in La Chapelle soll oft an einem Tage mehrere Stück Großvieh schlachten.“

In Mülhausen i. E. der nächsten größeren deutschen Stadt an der Grenze, kostet Ochsenfleisch erster Qualität genau das Doppelte als in den französischen Grenzorten, nämlich 96 Pfg. das Pfund! ... Trag dieser offenkundigen Tatsache treibt die elbische Zentrumspreffe die Verhöhnung der Not des arbeitenden Volkes so weit, daß sie schamlos den Einfluß der Zoll- und Grenzverpolitik auf die Lebensmittelpreise Tag für Tag leugnet.

## Unternehmerdank an die christlichen Gewerkschaften.

Auf der Hauptversammlung des Vereins Deutscher Offengeheeren beschäftigte sich der Geschäftsführer Dr. Brandt-Düsseldorfer in seinem Geschäftsbericht mit den christlichen Gewerkschaften.

Für die Herren Christen ist es nicht angenehm, was sie von dem Herrn ins Stammbuch geschrieben bekommen. Der Herr Brandt führte aus, daß das Verbleiben der christlichen Gewerkschaften bei dem Kohlenarbeiterstand ein Vorgang von größerer Bedeutung nicht nur im Sinne einer wesentlichen Stärkung der Stellung der Unternehmer sei, sondern auch von Bedeutung für das politische Leben. Das Auftreten der christlichen Gewerkschaften sei nicht nur diffizil gewesen von der politischen Stellung des Zentrums zur Regierung, sondern es sollte auch dadurch eine außerordentliche Stärkung des politischen Einflusses des Zentrums auf die christlichen Gewerkschaften bewirkt werden. Das Zentrum habe schon immer eine besondere Beachtung der christlichen Gewerkschaften von der Regierung verlangt, weil diese Gewerkschaften vaterlandstreu und schutzwillig seien. Es müsse von der größten Tragweite sein, daß nun in einem großen Kampfe diese Gewerkschaften auch wirtschaftspolitische Einsicht gezeigt haben, und es könne nicht ohne Eindruck bleiben, wenn die Führer des Zentrums bei irgendeiner Gelegenheit dem Reichsanwalters sagen könnten: Wir sind die einzige Partei, die große Arbeitermassen für das Vaterland und für den Wirtschaftsfrieden gegen die Sozialdemokratie aufbieten können. Das Unternehmertum steht den Dingen freilich etwas anders gegenüber. Es erinnert sich des Spruches, daß eine Schwalbe keinen Sommer macht, und daß auch die christlichen Gewerkschaften grundsätzlich Streikanhänger seien. Wenn sie auch dieses eine Mal beiseite gestanden und sogar den Schutz der Arbeitswilligen in öffentlichen Kundgebungen als notwendig anerkannt und für sich selbst erkannt haben.

Die christlichen Gewerkschaften werden also auch von den Streikfeindern als Zentrumsgewerkschaften betrachtet, deren Verhalten zur Stärkung des Einflusses der Zentrumspartei beitrage. Auch ist das Eingeständnis gut, wenn Dr. Brandt meint, daß es nicht ohne Eindruck bei dem Reichsanwalters bliebe, wenn Zentrumsführer sagen könnten: Wir sind die einzige Partei, die große Massen für das Vaterland, für den Wirtschaftsfrieden und gegen die Sozialdemokratie aufbieten können.

Bei der Gründung der christlichen Gewerkschaft hat doch schon Pfarrer Weber gesagt, daß die Hauptaufgabe der zu gründenden Organisation (Gewerkschaft der christlichen Bergarbeiter) der Kampf gegen die Sozialdemokratie sei. Aber der Bruderverrat im Bergarbeiterkampf hat den christlichen Gewerkschaften immer noch nicht das Vertrauen der Unternehmer eingebracht. Denn eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, sagen die Unternehmer, und sie betrachten die christlichen Gewerkschaften noch als grundsätzliche Streikanhänger. Die Unternehmer, die an der Züchtung der Schwarz-Gelben ein Interesse hatten, trauen ihnen nicht, wenn sie auch den Nachweis beim Bergarbeiterstreik erbracht haben, daß sie Gelbe in Reinkultur sein können, und wenn auch damals das Organ der Gelben den christlichen Bergarbeitern sagte: Das sind herrliche gelbe Gedanken! Der Geschäftsführer Dr. Brandt hat den Christlichen ihren Lohn gegeben, das ist der Dank für den begangenen Arbeiterverrat.

## Korrespondenzen.

Chemnitz. Am 13. August tagte in Matterns Restaurant Arbeiterbörse eine Steinarbeiterversammlung. Der schlechte Besuch zeigte wieder einmal die Interesslosigkeit derjenigen Kollegen, welchen stets nichts recht zu machen ist und sie gerade diejenigen sind, die über die von der Verwaltung getroffenen Maßnahmen Zeter und Mordio schreien. Nachdem der Vertrauensmann die letzten Schiedsgerichtsprotokolle verlesen hatte, wurden andererseits alle Erschienenen aufgefordert, schon der Schiedsgerichtsurteile wegen die Versammlungen besser zu besuchen und sollen den Säumigen gegenüber andre Maßregeln ergriffen werden. Der von der Zahlstelle Leipzig gestellte Antrag, die Kosten für den ständigen Besizer zum Schiedsgerichte, welchen Leipzig stellt, erregte eine lebhafteste Debatte. Es wird einstimmig beschlossen, diesem gemachten Vorschlag nicht zuzustimmen, sondern diese Kosten von allen Zahlstellen, auch Dresden unbegriffen, und zwar von jedem Mitglied durch Extramarkte oder dergleichen zu erheben. In der Begründung wird angeführt, daß es unrecht wäre, daß eine Zahlstelle wie Dresden mit einer größeren Mitgliederzahl, als alle andern Zahlstellen zusammen genommen, den von ihr gestellten Besizer selbst bezahlt und der Minorität die Kosten für den andern aufhalsen will. Mindestens trägt dann jedes Mitglied gleichmäßig zu den gesamten Kosten bei. Ein interessanter Fall kam dann zur Sprache. Der Vorgang ist kurz folgender: Ein hiesiger kranker Kollege, welcher in einer Ungeheuerlichkeit zur Genesung weilt und Frau und vier Kinder hat, richtete ein Gesuch um Familienunterstützung an die Landesversicherungsanstalt. Dieselbe stellte durch einen Schutzmann allerlei Nachfragen an und forderte von dem betreffenden Kollegen das Verbandsbuch. Der Vertrauensmann, durch einen Brief von dem kranken Kollegen aufmerksam gemacht, glaubt sich nicht für verpflichtet, das Buch an das Landesversicherungsamt einzusenden. Aber schließlich besann er sich eines andern. Nachdem nun das Mitgliedebuch eingeholt ist, bekommt endlich die Familie ihre Unterstützung, pro Tag 60 Pfg., ausgesprochen und das zwar ausgegahlt an dem Tage, an welchem dieser Kollege aus dem Genesungsheim entlassen und in Chemnitz wieder eintrifft, nachdem er eine Kur von circa 10 Wochen durchgemacht hat, die Familie also in großer Not war. O heiliger Bureautratismus!

Fechenbach a. M. Am 25. August fand im Bayerischen Hof unsere Mitgliederversammlung statt. Zum 1. Punkt erstattete Kollege R. Klingenberg Bericht über die Bezirkskonferenz in Miltenberg. Sodann wurde eine Tarifkommission gewählt, welche die Zahlstelle Fechenbach für den Bezirk zu wählen hat. Zum 2. Punkt wurde die Abrechnung vom Sommerfest verlesen, welches einen Ueberschuß von 20,63 Mt. ergab. Hieron wurden einem kranken Kollegen 10 Mt. bewilligt. Im Punkt Verschiedenes wurde Kollege Jos. Klingenberg als Beiratsmitglied vorgeschlagen. Sodann wurden verschiedene Mißstände auf den Wertplätzen einer scharfen Kritik unterzogen. Zum Schluß dankte der Vorsitzende den Sängern, welche beim Sommerfest mitgewirkt haben.

Osternburg. Am 17. August fand im Lokal zur Rose unsere Monatsversammlung statt, welche mäßig besucht war. Zu Punkt 1 gab der Kassierer Kollege Wöhner die Quartalsabrechnung bekannt. Die Richtigkeit wurde vom Vorsitzenden und den Revisoren bestätigt. Der Vorsitzende Kollege Kapp dankte dem Kassierer für seine Mithilfe. Unter Punkt 2 wurde Kollege Christoph Wöhner als Schriftführer gewählt. Weiter wurde ein Antrag gestellt, daß Kollegen, welche zehn Versammlungen im Jahre besucht haben, bei

Frankheit einen totalen Bohenzuschuß von 50 Pfg. erhalten. Der Antrag wurde nach starker Debatte angenommen und tritt am 1. August 1913 in Kraft. Es muß von jetzt ab eine Präsenzliste geführt werden. Es dient dies den auswärtigen Kollegen zur Kenntnis. Unter Punkt Verchiedenes wurde noch vom Kassierer das Meistantenwesen kritisiert. Wenn die Zahlstelle auch klein ist und uns noch viele Kollegen fernstehen, deshalb lassen die organisierten Kollegen den Mut nicht sinken, es kommt vielleicht doch einmal die Zeit, wo die indifferenten Kollegen das Gewissen hat und sie sich unsern Reihen anschließen.

Stetit. Am 21. August fand unsere Mitgliederversammlung statt. Es war ein Schreiben der Gauleitung eingelaufen. Die Gauleitung bemängelt, daß die Quartalsabrechnung nicht rechtzeitig abgehandelt wurde. Weiter wurde bemängelt, daß der Bericht von der außerordentlichen Versammlung, in der ein Kollege von der Gauleitung anwesend war und über den Verbandstag referierte, nicht nach Leipzig geschickt wurde. Den Kartellbericht erstattete Kollege Giekmann. Die Quartalsabrechnung wurde vom Kassierer verlesen. Einnahme: 468.69 Mk., Ausgabe: 150.95 Mk. Bleibt ein Bestand von 308.14 Mk. Die Revisoren hatten die Abrechnung geprüft und für richtig befunden. Darauf wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Dann wurde kritisiert, daß auf verschiedenen Plätzen, hauptsächlich bei der Firma Hagemann, die Arbeitszeit nicht innegehalten wird. Da wir die Gewerbeinspektion schon einmal hiervon in Kenntnis gesetzt hatten, aber trotzdem keine Abhilfe eingeleitet ist, wurde der Vorsitzende beauftragt, schärfere Maßregeln zu treffen. Dann entspann sich eine lebhafte Debatte. Es wurde dem Vorstand der Vorwurf gemacht, daß er in der letzten Versammlung nicht anwesend war; hierdurch mußte die Versammlung ausfallen. Die Versammlung wurde wiederholt durch unangenehm Behalten eines Kollegen, der dem Alkohol stark zugeprochen hatte, gestört. Derselbe mußte öfters zur Ordnung gerufen werden. Traurig genug, daß der Kollege nicht weiß, was sich in der Versammlung schiedt. Wir hoffen, daß so etwas in Zukunft nicht mehr vorkommt.

Königsbrück. (Verichtigung.) In Nr. 32 des „Steinarbeiter“ wurde berichtet, daß Brückmeister Stein für Bier, Zigarren usw. höhere Preise verlangt hätte. Wie sich herausgestellt hat, entspricht der betreffende Bericht nicht ganz der Tatsache, dieses sei hiermit richtiggestellt. Alois Gubernier.

### Steinausschreibungen.

- Nachstehende Ausschreibungen sind uns bekannt geworden:
- Friedberg (Hessen). Steinmetzarbeiten zu einer katholischen Pfarrkirche.
  - Eisenbahnbauamt in Hagen. 3000 Quadratmeter Pflastersteine aus Basalt.
  - Wasserbauamt in Poya. 130 Kubikmeter Werksteine (Sandstein).
  - Eisenbahnbauamt in Frankfurt. 4400 Quadratmeter Granitpflastersteine.
  - Landbauamt in Dresden. Sandsteinarbeiten zu einem Kellergebäude an der Pfotenauerstraße.
  - Stadtbauamt in Straßburg. Sandsteinarbeiten zur Erbauung einer höheren Mädchenschule.
  - Eisenbahnbetriebinspektion in Stöttingen. 20 Kubikmeter Werksteine (Sandstein).
  - Vorkonstruktion in Breslau. Holz- und Steinbauarbeiten (Sandstein) für den Neubau in der Dohngollenstraße.
  - Schauspielbauverwaltung in Greifswald. 11000 Quadratmeter Kleinpflastersteine (Granit).
  - Für die Sandsteinindustrie dürften nachstehende Bauprojekte von Belang sein:
  - Bremen. Das neue Parkhaus soll zum 1. Juli 1913 fertiggestellt sein.
  - Dortmund. Die Westfälische Transport-Alt.-Ges., Sunderweg 121, hat ein großes Grundstück für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes erworben.
  - Stralsund. Die genehmigte Vergrößerung des Krankenhauses wird 30 000 Mk. erfordern.
  - Karlsruhe. An Stelle eines Umbaus wird ein Neubau des Amtsgerichts vorgenommen.
  - Duderstadt (Wiesfeld). Der Kreistag beschloß, ein eigenes Kreisgymnasium zu bauen.
  - Oberstein. Hier wird ein neues Rathaus errichtet.
  - Seydelrug. Das Reichspostamt will hier ein neues Postgebäude errichten.
  - Herborn bei Wiesbaden. Die Nassauische Landesbank, Wiesbaden, will ein neues Bankgebäude errichten.
  - Erfurt. Ein umfangreicher Krankenhausweiterbau wird hier in Angriff genommen.
  - Kehl. Zur Erbauung eines Amtsgerichts- und Notariatsgebäudes wurde die Aufnahme einer Anleihe von 300 000 Mk. beschlossen.

### Aufruf

#### an die Gewerkschaftsmitglieder in Hamburg, Altona und Umgegend.

Werte Genossen!

Mit dem Wachstum der Konsumgenossenschaften treten immer neue Aufgaben an diese Wirtschaftsorganisationen heran, deren Ausführung auch im Interesse der Gewerkschaftsmitglieder liegt. Ein anschauliches Beispiel von der Wichtigkeit eines modernen Konsumvereins bietet der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ e. V. m. b. H. in Hamburg. Dieser bezieht sich nicht damit, seine Mitglieder nur mit Nahrungsmitteln zu versorgen. So hat die Wohnungsbeschaffung schon zum Teil ihre praktische Lösung gefunden. Die Versorgung mit Kleidung und sonstigen Notwendigkeiten des Lebens steht gleichfalls auf seinem Programm und harrt der baldigen Bewirkung.

Als nächster Schritt ist jetzt die Einführung der Feuer- und Lebensversicherung geplant. Bereits vor drei Jahren wurde auf dem Genossenschaftstag in Eisenach die genossenschaftliche Feuerversicherung der Konsumvereinsmitglieder beschlossen. Die Ausföhrung dieses Planes wurde hier in Hamburg bis zur Schaffung einer zweckentsprechenden Organisation zurückgestellt. Heute ist durch die Genossenschaftsfunktionäre eine dauernde Verbindung mit den Mitgliedern der Genossenschaft hergestellt. Dadurch ist die „Produktion“ in der Lage, die Aufnahme in die Feuerversicherung zu vollziehen und auch die regelmäßige Einklassierung der Prämienbeiträge zu übernehmen.

Die meisten Gewerkschaftsmitglieder sind ja bereits gegen Feuer und Diebstahl durch die Genossenschaft versichert. Die Versicherung durch Vermittlung der „Produktion“ bedeutet bedauerliche Vergünstigungen, so daß es im eigenen Interesse einer jeden Familie liegt, den Beitritt durch die Genossenschaftsfunktionäre zu vollziehen. Letztere erhalten mit Beginn ihrer Tätigkeit eine Legitimation, durch welche sie als Beauftragte der Genossenschaft auszuweisen haben. Wir bitten, unserem Beauftragten die Police der Gesellschaft, mit welcher Sie ein Versicherungsverhältnis eingegangen sind, zur Einsicht vorzulegen, damit der Betreffende erfahren kann, ob und wann eine Kündigung statufinden hat. Die Versicherung durch die „Produktion“ könnte dann mit Ablauf der alten Police erfolgen. Wie uns von mehreren Seiten mitgeteilt wird, werden jetzt die größten Anstrengungen seitens der Versicherungsgesellschaften gemacht, um möglichst noch sämtliche Unversicherten aufzunehmen. Wir bitten daher dringend, schon jetzt neue Versicherungsverträge mit keiner Gesellschaft mehr vorzunehmen, sondern sich bei bestmöglicher Versicherung direkt an das Sekretariat der „Produktion“ zu wenden. Wir beschäftigen, bereits im September dieses Jahres die Leitung für die Feuerversicherung durch die Genossenschaftsfunktionäre im vollen Umfange aufzunehmen.

Bei einem Vergleich mit Ihrer jetzigen Versicherung werden wir Ihnen nachweisen können, daß unsere Bedingungen durchweg günstigere sind.

Wenn wir noch versichern können, daß neben günstigen Bedingungen auch etwaige Schadensregulierungen in der kürzest möglichen Weise erfolgen werden, so dürfen wir wohl auf das bestimmte hoffen, daß die Gewerkschaftsmitglieder den Genossenschaftsfunktionären ein größtmögliches Entgegenkommen zeigen und ihnen ihre Aufgaben nach Möglichkeit erleichtern.

Die Tätigkeit für die Gewerkschaften und Genossenschaften gemeinsam errichtete Volksversicherungs-Aktien-Gesellschaft wird erst Anfang nächsten Jahres erfolgen. Wir möchten aber jetzt schon die dringende Bitte an sämtliche Gewerkschaftsmitglieder richten, keine neue Police- und Lebensversicherungen abzuschließen, sondern bis zum Inkrafttreten der „Volksversicherung“ hiermit zu warten. — Bemerkten möchten wir noch, daß sich die Feuerversicherung und später auch die Lebensversicherung nicht nur auf die Mitglieder der Genossenschaften und Gewerkschaften beschränkt, sondern daß sämtliche Personen zugelassen werden. Wir bitten Sie daher, Ihnen bekannte Personen auf die günstige Versicherung durch die „Produktion“ aufmerksam zu machen. Für jede Mitteilung sind wir dankbar und werden einen Vertrauensmann zwecks Aufnahme sofort vorweisen.

Mit gen. Gruß!

Sekretariat des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“ eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, Louisenweg 40.

### Rundschau.

Welchen Standpunkt nimmt die Reichsregierung bezüglich der reichsgerichtlichen Regelung des Tarifvertrags?

Einige Handwerkskammern beschäftigten sich kürzlich auf ihren Tagungen mit der Frage der gesetzlichen Regelung der Tarifverträge. Hierzu schreibt eine offiziös bediente Korrespondenz, die offenbar den Standpunkt des Reichs am 15. des Innern zu dieser Frage zum Ausdruck bringt: „In Uebereinstimmung mit der Mehrzahl der Arbeitgeber- und auch der Arbeiterorganisationen hat die Reichsregierung bisher auf dem Standpunkt gestanden, daß der gegenwärtige Zeitpunkt noch keineswegs geeignet sei, in die augenblicklich so erfreuliche Entwicklung der Tarifverträge mit gesetzgeberischen Maßnahmen einzugreifen. Bei einer solchen Regelung kann es sich naturgemäß nicht um das öffentlich-rechtliche Gebiet, sondern lediglich um das zivilrechtliche handeln. Dabei kommt in erster Linie die Frage in Betracht, den Vereinbarungen aus Tarifverträgen ein klagesbares Recht zu verleihen. Ein solches klagesbares Recht hat nun bekanntlich das Reichsgericht — nach früheren entgegenstehenden Entscheidungen — für die Vereinbarungen aus einem Tarifvertrag anerkannt und die Schadenersatzpflicht der Organisation und des einzelnen Mitglieds ausgesprochen. Hiermit ist zweifellos ein wesentlicher Anlaß zu einer gesetzlichen Regelung für die Tarifverträge beseitigt. Andererseits aber läßt das Prinzip der Schadenersatzpflicht aus vertragswidrigem Verhalten eine gewisse Begrenzung nach ihrem Umfang als wünschenswert erscheinen, weil sonst die Gefahr bestände, daß die gegenwärtige Entwicklung der Tarifverträge eine Störung erleiden würde. Zurzeit sind annähernd 9000 Tarifverträge in Deutschland in Geltung, und in einer ganzen Reihe von Gewerben geht man schon von Bezirksarbitraturen zu einer nationalen Regelung über. Hierin kommt eine Entwicklung zum Ausdruck, die einer gesetzlichen Einwirkung nicht bedarf. Eine weitere Voraussetzung für die zivilrechtliche Regelung wäre auch die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine, deren Durchführung zu erheblichen Eingriffen in die Entwicklung der Gewerkschaften führen müßte, da mit der Verleihung von Rechten naturgemäß auch die Uebernahme in bezug auf die Haftbarkeit verbunden wäre.“

Wir hätten nur zu bemerken, daß die Unternehmer mit einer gesetzlichen Regelung nur dann einverstanden sind, wenn die Arbeiterverbänden dementsprechende Daumenschrauben angelegt werden.

#### Neue Vorschriften über die Aufstellung von Grabdenkmälern.

Der Magistrat zu Nürnberg hat bezüglich der Aufstellung von Grabdenkmälern auf den Gemeindefriedhöfen neue Vorschriften erlassen. Denselben sei folgendes entnommen:

Den Gesetzen um die Erlaubnis zur Aufstellung von Grabdenkmälern an die städtische Friedhöfsverwaltung ist eine doppelt ausgefertigte Zeichnung in Altformat beizulegen. Die Zeichnung muß die beabsichtigte Gestaltung nach Grundriß, Vorder- und Seitenansicht im Maßstabe von mindestens 1:10 erkennen lassen. In dem Gesuch sind die bei dem Grabdenkmal zur Verwendung kommenden Materialien genau zu bezeichnen. Bei Bildhauerarbeiten kann Anfertigung und Vorlage von Modellen gefordert werden. Jedes Denkmal muß nach Form und Material den bereits vorhandenen Denkmälern in der Nähe des Aufstellungsplatzes entsprechen. Sogenannte Gipssteine sind unzulässig. Alle dunklen und schwarzen Steine, insbesondere die polierten, werden nur dann zugelassen, wenn das Material einer künstlerischen Absicht Ausdruck geben soll. Verboten ist, Glasplatten oder ähnliches für die Herstellung von Denkmälern oder Teilen davon zu verwenden. Die Fundamente der Denkmäler müssen aus gutem Material hergestellt werden, dem Wörtel ist Zement beizumischen. Verboten ist, bei der Herstellung von Fundamenten alte, schlechte Grabsteine zu verwenden. Grabeinfassungen aus Zement sind unzulässig. Ebenso sind die Befestigungsmittel durch aufgefertigte Gitter mit Pfosten und Stangen oder Ketten umgeben werden.

Die neuen Vorschriften treten ab 1. Oktober d. J. in Kraft. Die Verordnung rief nach Bürokratismus. Einige Bestimmungen sind dazu anstößig, die Schieferbetriebe indirekt gewaltig zu schädigen, denn es sollen so ziemlich die farbigen Granite in Zukunft zu Monumentschweben ausgeschlossen werden. Unstimmlich wird es für die Grabsteinlieferanten ferner sein, wenn sie sogar bei der Anbringung eines bildnerischen Schmuckes, das Modell vorlegen müssen.

Der Friedhöfsverwalter, welcher wohl als Generalgutachter in Frage kommt, muß in seinem Fache schon eine hervorragende Autorität sein. Die neuen Bestimmungen dürften Lieferanten wie Arbeitern wenig Freude machen.

#### Vom Submissionswesen.

Zum Erweiterungsbau des dritten Landgerichts Berlin-Charlottenburg wurden sieben die Steinmetzarbeiten vergeben. Als Submittenten kamen nur Berliner Firmen in Frage. Aus den Ausschreibungen haben wir folgende Angebote herpor:

Carl Dittmer	79 769,70 Mk.
Richthofer Ruffelskalksteinwerke (Sig Berlin)	84 892,80 "
E. Reiter, Tempelhof	86 928,25 "
C. Winterhelt	89 603,65 "
Carl Binkler	92 098,75 "
Carl Böhle	92 710,69 "
Herr, Biedler	94 649,40 "
Algal u. Hesse	94 843,35 "
F. Wimmel u. Co.	98 508,05 "
H. Pindner	101 107,30 "
Kaisersteinbruch A.-G.	103 701,20 "
Carl Schilling, Tempelhof	104 280,45 "
W. Holzmann u. Co.	108 669, — "

Zwischen den Angeboten der Firmen Dittmer und Holzmann besteht somit eine Differenz von über 28 000 Mk.

#### Kunststeinbearbeitung mittels Preßluft.

In den Kunststeinfabriken will man nun auch die Werkstücke maschinell schnitzen und stoßen. Aber vorläufig scheint man auf die kunstgeübte Hand des Steinmetzen noch nicht verzichten zu können, wie aus folgender Briefkastennotiz des Baumaterialienmarkt hervorgeht. Es heißt in derselben:

Die Bearbeitung von Werksteinen mittels Preßluftwerkzeugen hat sich bei mir bis jetzt noch nicht bewährt. Beim Schnitzen kommt der natürliche Spalt nicht in der Weise zum Ausdruck, wie dies der Fall ist, wenn der Steinmetz bearbeitet. Die Spalte sind zu fein, so daß von denselben nach dem Abwaschen fast überhaupt nichts mehr zu sehen ist. Dasselbe gilt auch für gestochte Flächen. Außerdem ist zu beachten, daß z. B. Kehlhebe, sowie kleinere und mittlere Profile überhaupt nicht bearbeitet werden können. Als ein Uebelstand ist es ferner zu betrachten, daß man immer an einen gleichmäßigen Spalt gebunden ist und deshalb den Wünschen der Auftraggeber nicht immer in der Weise nachkommen kann, wie dies sonst der Fall ist.

Sicherlich wird seitens der Fabrikanten alles darangesetzt, brauchbare Schnitzmaschinen konstruieren zu lassen. Aber bei reichlicherem Arbeiten werden diese trotzdem eine Verwendung nicht finden können.

#### Streik der Marmorarbeiter von Carrara.

Die Arbeiterschaft der Marmorbrüche von Carrara hat die Arbeit niedergelegt, um die Stadtverwaltung zu zwingen, endlich die Frage der Alterspension der Marmorarbeiter in angemessener Weise zu lösen. Bekanntlich gibt es in Italien wohl eine obligatorische Unfall-, nicht aber eine obligatorische Altersversicherung. In Carrara hat man eine lokale Lösung der Frage versucht, indem man eine Ausfuhrabgabe auf den Marmor legte. Der jetzige Streik ist nun dadurch bedingt, daß die Stadtverwaltung von dem Ertrag dieser Abgabe große öffentliche Arbeiten auszuführen hat, so daß nicht genug übrig bleibt, um die 404 Arbeiter, die heute über 65 Jahre alt sind, zu pensionieren. Freilich hat die Stadtverwaltung vorgeschlagen, von jedem Arbeiter einen Versicherungsbeitrag von 12 Lire jährlich zu erheben und von den Unternehmern für jeden von ihnen beschäftigten Arbeiter die gleiche Summe zu fordern, aber die Arbeiterkammer von Carrara macht mit Recht darauf aufmerksam, daß man kein gesetzliches Mittel hat, um die Unternehmung zu dieser Leistung anzuhalten. Im ganzen stehen jetzt 10 000 Arbeiter im Unfrieden. Da der ganze Reichtum von Carrara und Umgebung aus den Marmorbrüchen stammt, wird die Stadtverwaltung, wenn die Arbeiter nur die hinreichende Ausdauer zeigen, wohl nachgeben müssen.

#### Eine herbe Abfertigung für die polnisch-nationalistischen Gewerkschaften.

Ein Angestellter der polnischen Berufsvereinigung versucht, die Schriftsteller und Buchdrucker zum Anschluß an die polnische Berufsvereinigung zu bewegen. Ein Schriftsteller gibt nun in der nationalpolnischen *Wiarus Polski* dem Verber eine sehr einseitige Antwort, die in einer klaren und scharfen Abweisung besteht. Die Buchdrucker hätten ihre Organisation, und zwar eine kräftige und gute Organisation, und wollten von Zerstückelungen, wie sie schon der christliche Gutenberg-Bund versuche, nichts wissen. Die polnische Berufsvereinigung möge zunächst einmal den Buchdrucker in ihrer eigenen Druckerei anerkennen, den selbst halatistische und schamhafte Blätter, wie die Rheinisch-Westfälische Zeitung anerkannt hätten. Für Arbeiterfreunde dieser Couleur bedanken sich die Schriftsteller. Die polnische Berufsvereinigung hat auf diese Abfuhr nichts zu erwidern gewußt.

München. Im Alter von 72 Jahren starb hier der Steinmetzpolier Xaver Stiglbauer. Jeder, der ihn kannte und mit ihm arbeitete, muß ihm das Zeugnis eines gerechten und unparteiischen Mannes ausstellen. Der Verstorbene verfügte, was man heute selten trifft, über ein großes Maß technischer Kenntnisse. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

#### Die Zahlstellenverwaltung.

Die 27. Hauptversammlung des Verbands Deutscher Steinbrucher und Steinmetzgeschäfte findet am 16. September in Hamburg statt. Lokal: Erholung, Dragonerstr. 14.) Folgende Referate sind beachtenswert:

1. Die Verwendung des Kunststeins. Referent: Herr Heidrich, Sriegau;
2. Lieferungsbedingungen für Steinmetzarbeiten. Referent: Herr Kröner, Riefersfelden;
3. Vertretung der Steinindustrie in den Eisenbahnräten. Referent: Herr Mayer, Straßburg;
4. Streitversicherung. Referent: Herr Grüner, Direktor des „Industrieclubs“ in Dresden.

Zu 3. wäre zu sagen, daß es uns wundert, daß bis jetzt die Steinindustrie in den Eisenbahnräten nicht vertreten war. Wir haben diesem unsern Erlaunen bei der Behandlung der Eisenbahnfrachtfrage ebenfalls Ausdruck gegeben. Die Steinindustrie spielt im Wirtschaftsleben eine so bedeutende Rolle, daß es Pflicht der Eisenbahnverwaltungen selbst gewesen wäre, dieser Industrie eine Vertretung einzuräumen. Ja freilich, die „hochmögenden“ Beherbehalter gehen ja in jener Hinsicht vor. —

Zum Referat unter Nr. 4. ist zu bemerken, daß ja das Verstreuen aller Unternehmerverbände dahin geht, Streitversicherungs-gesellschaften zu bilden. Es kann uns deshalb völlig gleichgültig sein, welcher Versicherungsgesellschaft sich die Steinindustrie anschließen. Vorderhand scheint es der Fall zu sein, daß ein solcher Anschluß überhaupt nicht perfekt wird, aus Mangel einer strengen Zentralisation.

Diese Unternehmerbestrebungen sind aber immerhin für unsere Kollegen sehr beachtenswert, weil sie uns den Fingerzeig geben, unsern Verband immer noch aktionsfähiger zu gestalten. Auf der Hamburger Tagung vermissen wir als Referenten Herrn Günther, Leipzig. — Ob nur ohne ihn gehen wird? —

Moderne Baukunst. Zum Eintruz der Weser-Schleuse bei Bremen. Als das in der Oberweser bei Bremen erbaute Wehr probiert werden sollte, wurde die mit diesem verbundene Schiffschleuse durch die einströmenden Wassermassen ganz erheblich beschädigt. Die Mauer wurde glatt zur Seite gedrückt. Die angestellten Untersuchungen ergaben, daß das Mauerwerk zu schwach und zu wenig fundiert worden war. Doch gab man sich der Hoffnung hin, daß es gelingen werde, durch eine Reparatur den Schaden zu beheben; die Kosten hierfür waren auf 300 000 Mk. geschätzt. Schon damals war man in weiteren Kreisen der Meinung, daß eine Reparatur nicht genügen könnte; denn zweifellos kann ein Bauwerk, das schon beim ersten, unter völlig normalen Verhältnissen vorgenommenen Versuche verfallt, durch eine Reparatur nicht widerstandsfähig gemacht werden, wenn die Fundamentierung ungenügend ist. Diese Meinung teilte auch der zweite, sieben ersehene amtliche Bericht. Dieser kommt auf Grund des Urteils der Sachverständigen nunmehr zu der Ueberzeugung, daß die Mauer vollständig abgetragen und neu aufgebaut werden, vor allem aber 1½ Meter tiefer und bedeutend stärker angelegt werden müsse, so daß der entstehende Schaden nunmehr auf mehr als 1½ Mill. Mk. geschätzt wird. Auch wird vermutet, daß die Drainierung mangelhaft und ungenügend gewesen sei, so daß sie ihren Zweck, die Sohle der Schleuse von Wasser freizuhalten, nicht erfüllte und diese anstriebe. Und da sage jemand, daß die Baukunst nicht auf der Höhe der Zeit steht.

M-Glabbacher Agitatoren für Arbeitervereine. In einem Artikel: Die Organisation der deutschen Arbeit, berichtet die Westdeutsche Landeszeitung in M-Glabbach (Nr. 191 vom 17. August) über den Stand der Arbeitgeber-, Anstellten- und Arbeiterorganisationen in Deutschland. Das Korrespondenzblatt der General-Kommission spricht in seinem Jahresbericht die Ansicht aus, daß die Praxis der Tarifverträge zur Vereinfachung und Vereinheitlichung der Arbeiterorganisationen in Deutschland führen werde. Daran anknüpfend meint das M-Glabbacher Papier, daß damit aufs neue

die Ausschaltung der nichtfreien Gewerkschaften und die Eroberung des Arbeitsmarktes für die Sozialdemokratie proklamiert sei. Gegen diese vermeintliche Gefahr ruft das Blatt die Arbeitgeberorganisation zu Hilfe und schreibt:

Diesen Monopolisierungsbestrebungen gegenüber gilt es, die Arbeitgeberorganisationen zu stärken, namentlich sollten sich die kleineren und mittleren Arbeitgeber mehr und mehr den Arbeitgeberverbänden anschließen. Das zweite Mittel, die sozialdemokratischen Monopolisierungsabsichten zu durchkreuzen, ist die Stärkung vor allem der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, und zwar in dem Maße, daß sie bei den Tarifverträgen seitens der Sozialdemokratie einfach nicht mehr beiseite geschoben werden kann. Nur durch die bewußt und nach jeder Richtung hin durchgeführte Anwendung dieser Mittel wird es gelingen, dem sozialdemokratischen Terrorismus im deutschen Wirtschaftsleben ein Paroli zu bieten und die deutsche Volkswirtschaft vor den zweifelhaften Experimentierkünsten und politischen Aspirationen (Massenstreik) der Sozialdemokratie und ihrer Gewerkschaftsbewegung zu bewahren.

So muß es kommen: Christliche Gewerkschaften und Schlichter, recht deutlich und offen, Hand in Hand, damit auch dem dümmsten Arbeiter die Augen offen gehen.

**Streitnachwehen.** Der Kurs der Hohlburger-Röhren Aktien ist von 134.50 Mk. auf 131.50 Mk. gefallen. Das Fallen des Kurzes dürfte auf den gewaltigen Kampf der Pfistersteinarbeiter zurückzuführen sein. Herr Direktor Ligny dürfte darüber wenig erbaut sein, auch die Aktionäre nicht. Uebrigens wissen die Aktionäre ganz genau, daß in dem großen Werke die Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt werden müssen, wenn die Aktien selbst auf der Börse einen stabilen Stand erlangen sollen.

Die Aktien der Deutschen Steinindustrie stehen auf 85 Mk. Auch in diesem Werte hat im Vorjahre ein langwieriger Streik stattgefunden. Die Verflechtung tat seinerzeit alles, um eine Verständigung nicht ermöglichen zu können.

**Renegatenaufbahn.** Johannes Breddemann, der seinerzeit in Köln aus sogenannten „innerer Ueberzeugung“ in den alleinstehenden Gutenbergsverband übertrat und seitdem sich die Attribute eines christlichen Arbeitersekretärs durch äußerst gehässige Bekämpfung des Buchdruckerverbandes zu wahren suchte, ist in den letzten Tagen ganz plötzlich, ohne jede Kündigung von seinem Geschäftsführerposten in der Buchdruckerei und Verlagsanstalt in Porz a. Rh. entlassen worden. Man kann nun gespannt darauf sein, ob die in dieser Druckerei das Licht der Welt erblickende „christliche“ Gewerkschaftskorrespondenz über diesen auffallend schnellen Abgang Breddemanns etwas verlauten läßt, oder ob das Organ des „wahrheitsliebenden und christlichen“ Bundes diesen „Terrorismusfall“ gegen eines ihrer Edelgeschichten in der üblichen Weise glossieren wird.

Vorstehende Notiz entnehmen wir dem Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker. Die plötzliche Entlassung Breddemanns gibt zu allerdings zurzeit nicht kontrollierbaren Gerüchten Veranlassung. Herr Breddemann hat sein Licht ebenfalls im Maner Steinbruchgebiet leuchten lassen, und die Christen waren auf ihn besonders stolz. Nun ist er jäh gestürzt worden.

22 Millionen Mark sind in Bremen für städtische und staatliche Bauten bewilligt worden. Der Sandsteinindustrie werden dadurch schöne Aufträge zu teil.

Der Umbau der Bahnhofsanlage in Löhne (Strecke Köln-Hannover) kostet die „Kleinigkeit“ von 8 Millionen Mark. Auf der genannten Strecke hat sich ein so riesiger Verkehr entwickelt, daß die Anlagen in Löhne völlig umgestaltet werden müssen.

532 800 Mk. wird die Stadt Charlottenburg in den nächsten Monaten für Straßenpflasterungen ausgeben. Der Hauptanteil entfällt mit 276 800 Mk. auf die Neupflasterung zwischen der Sophienstraße und der Horn-Allee. Hier wird nur Reihensplaster zur Verwendung kommen. Im übrigen wird in Charlottenburg das Asphaltplaster sehr bevorzugt.

**Neuer Handelshafen in Kiel.** Der Magistrat der Stadt Kiel hat beschlossen, den Nordhafen zu erweitern. Insgesamt sind 925 000 Kubikmeter Erdaushub zu bewältigen. Zu den Katmauern kommt Granit zur Verwendung.

**Un glaubliche Submissionsblüte.** Die königliche Eisenbahnbetriebsinspektion Essen vergab sieben 2500 Tonnen Pflastersteine aus bestem Ruhrkohlen- und Sandstein. Es forderten: Carl Beyand, Duisburg, 10.80 Mk. pro Tonne, Ludwig Wollmar, Redlinghausen 10.90 Mk., Wih. Rauen, Wilhelm-Droisch, 11.30 Mk., Gewerkschaft Christinnenruhe, Steele, 12 Mk., G. Spindler Söhne, Königswinter, (1000 Tonnen) 19.80 Mk., (1500 Tonnen) 20 Mk. Die Angebote schwanken somit per Tonne zwischen 10.80 Mk. und 20 Mk. Was sagen da zu solchen Submissionsblüten die Steinbruchbesitzer? Wer ruiniert weiter das Ansehen der Steinindustrie?

**Beregnung von Staatsaufträgen in Hessen-Darmstadt.** Das großh. hess. Ministerium des Innern hat eine Verordnung erlassen, daß bei Hochbauarbeiten die einzelnen Arbeitszweige in getrennten Lossen vergeben werden sollen, damit auch den kleineren Unternehmern die Möglichkeit geboten ist, sich um staatliche Lieferungen zu bewerben. Ferner sollen staatliche Arbeiten nach Möglichkeit in die geschäftstillen Zeiten verlegt werden. — Den Steinmetzmeistern würde eine solche Neuerung sicherlich willkommen sein.

### Sedan!

Wir saßen auf Großmutter's Kanapee,  
Erfüllt von bangem Ahnen,  
Die Herzen so schwer, vom Abschiedsweh,  
Das Vaterland rief zu den Fahnen.  
Noch einmal nahmst du mich an dein Herz,  
Eine Träne rann heimlich hernieder,  
Drei Worte nur konnt ich sagen dir:  
Geliebter, komme wieder!

Die Trommeln wirbeln, es ging ins Gefecht,  
Ringsum Gebeine bleichen,  
Des Feindes Kugeln, sie trafen nicht schlecht,  
Es ging über Blut und Leichen.  
Ihr kämpfet, vom Pulverdampf umhüllt,  
Es donnerten die Kanonen,  
Mancher Schmerzensschrei die Luft erfüllt,  
Es zischten die blauen Bohnen.

O Vaterland weine, was blieb dir noch  
Von deinem stattlichen Heere?  
Ein Häuflein Krüppel, sie kehrten zurück,  
Zurück vom Felde der Ehre!

Ich sah dich im Traum in jener Nacht,  
Zerschossen die jungen Glieder,  
Und als man mir die Depesche gebracht,  
Da wußt' ichs, du kamst nicht wieder.  
Mein Haar ist weiß, die Sinne schwach,  
Schon will sich das Auge trüben,  
Doch ein weber, frischer Erinnerungstag  
Ist mir der von Sedan geblieben!

Jenny Horn.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Von unseren Mitgliedern sollen im kommenden Winterhalbjahr wiederum 4 Kollegen an dem gewerkschaftlichen Unterrichtskursus in Berlin teilnehmen. Der erste Kursus findet vom 7. Oktober bis 16. November 1912, der zweite vom 13. Januar bis 22. Februar 1913 statt. Mitglieder, die auf Teilnahme reflektieren, wollen sich schriftlich — unter Beifügung ihres Mitgliedsbuches — nebst kurzgehaltener Lebenslauf bis 19. September beim Verbandsvorstand melden. Damit etwaige Unannehmlichkeiten im Arbeitsverhältnis nach Beendigung des Kursus vermieden werden, ist in der Bewerbung anzugeben, welcher Kursus genehmigt ist.

Der Steinmetz Ludwig Elsäffer (Buch-Nr. 19117), zurzeit in Offenbach a. M., ist auf Grund § 3 Abs. 5b unseres Statuts vom Verband ausgeschlossen worden.

Das Mitgliedsbuch Nr. 16988, auf Valentin Klein, geboren am 26. Oktober 1882 in Hallgarten, ausgestellt, ist in Aachen gefunden worden. Der Kollege Klein mag auf Obiges aufmerksam gemacht werden.

### Quittung.

Eingegangene Gelder vom 25. bis mit 31. August 1912. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate).

- Mabendorf, B. 3.—, Hagen, B. 3.70, Martrankstädt, B. 4.80, Rotenburg, B. 4.80, Belpke, B. 5.30, Remscheid, B. 6.—, K. 0.30, Leer, B. 7.80, K. 1.—, Lüben, B. 21.—, Wünschelburg, Ab. 9.60, Bunzlau, Ab. 8.10, Eisershäusen, B. 170.—, Erfurt, B. 125.—, Göttingen, B. 25.20, K. 0.30, Gembsch, B. 219.—, E. 5.—, K. 9.25, M. 1.—, Kirchengamig, B. 314.50, Kircheng, B. 210.—, Sparned, B. 168.—, Waren, B. 5.—, E. 5.—, Oberlungwitz, B. 18.94, München, B. 600.—, Kesselbach, E. 208.—, Ramenz, B. 252.—, Gembsch, B. 42.—, K. 0.75, Gefrees, B. 106.04, K. 5.60, M. 5.—, Falkenhain, E. 6.50, M. 10.10, Brüß, B. 94.—, M. 14.—, Aue, B. 300.—, Niederoderwitz, B. 8.—, Finsterwalde, B. 7.20, K. 0.50, Rudwigslust, B. 7.20, Königsberg, B. 4.80, Norden, B. 2.—, Zwifringen, B. 2.40, Klingenstein, B. 2.50, K. 0.20, Weißwasser, B. 4.80, Straßburg, Ab. 5.60, Altfeiningen, B. 84.—, Dürrheim, B. 378.—, Hardheim, B. 2.25, Jena, B. 62.50, E. 3.—, Landsberg, B. 50.—, Obermerzig, B. 50.—, Wünschelburg, B. 86.10, E. 2.50, K. 11.40, Stargard, B. 18.72, Oberlein, B. 6.—, Kaiserslautern, B. 252.—, E. 5.—, K. 20.—, Pölscht, B. 798.—, Danzig, B. 58.—, E. 1.25, K. 0.70, Darmstadt, B. 99.50, K. 0.40, Danzig, B. 3.—, Deutscha, B. 770.—, Amorbach, B. 36.40, E. 1.—, K. 1.—, Glas, B. 1.50, Wilhelmshaven, B. 9.60, Niederoderwitz, B. 3.—, E. 1.—, Hannau, B. 9.60, K. 0.80, Harburg, B. 1.20, E. 0.50, Gmden, B. 11.40, K. 0.10, Königsberg, Ab. 2.40, Mayen, B. 162.—, Rindisch, B. 89.—, Tauscha, B. 1.80, Seidenburg, B. 4.—, E. 0.50, Reunkirchen, B. 4.—, Leipzig, B. 500.—, Bernburg, B. 110.—, Elberfeld, B. 150.—, Arnsdorf, B. 364.—, Offenbach, B. 100.—, Regensburg, B. 84.—, K. 10.—, M. 2.—, Offenbach, K. 10.—, Trier, B. 165.—, Zinnhain, B. 120.—, E. 5.—, Gahma, B. 0.26, E. 0.50, K. 1.60, Rütthen, B. 121.30, E. 0.25, K. 3.80.

Ludwig Geist, Kassierer.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geist, Leipzig, Zeißer Straße 32, IV., zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

### Allgemeine Bekanntmachungen.

Altfeiningen. Den Kollegen Jakob Kremb jun., Jakob Kremb sen. und Jakob Burgard sind keine neuen Verbandspapiere auszustellen. Bernhard Schmitt, Vorsitzender.

## ANZEIGEN

Neuheit für Steinmetzen!  
**Stockhammer**  
mit auswechselbaren Zahnflächen  
Marke „Simplon“.  
Prospekte gratis.  
Albert Baumann, Aue (Erzgeb. 12)  
Härtewerk und Werkzeugfabrik.



**Die besten Arbeiter-**



Hosen, Westen, Jacketts, blaue Jacken, Unterhosen, Pelerinen, Lodenjoppen, Kindermäntel und Uister. Stoffanzüge nach Maass, erhalten Sie in der Kleiderfabrik von

**Ernst Wunsche in Neugersdorf (Sachsen) 19.**  
Fabrik-Niederlage Oberkauffung a. d. Katzbach.  
Vertreter Paul Derrlinger, Gräben b. Striegau Nr. 25  
Garantie für tadellosen Sitz.  
Billigste Preise.

**Schürzen**  
Hausmacherleinen, 100 und 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jacketts, Leder- und Buckskin-Hosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert

**Emil Keidel** Spezial-Geschäft  
in Berufskleidung  
Eigene Anfertigung.  
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

**Tüchtige Granitsteinmetzen**  
für dauernde Banarbeit können sofort eintreten.  
Carl Paeschke, Werksteinindustrie, G. m. b. H.  
Zannowitz (Riesengebirge).

**Mehrere tüchtige Steinhauer**  
auf Granit stellt sofort ein  
Granitwerk Bibersberg, Inh.: Paul Jakob Marktleuthen im Fichtelgebirge.

**Zirka 20 tüchtige Pflastersteinrichter u. Schläger**  
für 1. Sorte finden dauernde Beschäftigung. Logis wird vergütet.  
Syenit- und Granitwerke vorm. Merz & Comp.  
Großbitterau (Odenwald).

**Zwei Steinmetzen**  
auf Muschelkalk gesucht. (Lohn 58 Pfg. pro Stunde.)  
Klinghammer, Arnstadt (Thüringen).

Düffeldorf. Die Marmorarbeiter stehen hier in Lohnbewegung. Zureisende haben sich sofort beim Kollegen Tenubusch, Werkplatz Weismann, zu melden. Die Ortsverwaltung.

Langenlaza. Wir warnen vor dem Steinmetzen Michael Geerich aus Trier. Derselbe hat in rücksichtsloser Weise einen Kollegen geschädigt. Joseph Sittig.

Mühlhausen (Elßaß). Die reisenden Kollegen werden erlucht, sich zuerst beim Vorsitzenden zu erkundigen, bevor sie nach Arbeit umsehen. Die Ortsverwaltung.

Offenbach a. M. Zureisende Kollegen haben sich nach ihrer Ankunft sofort bei der Ortsverwaltung zu melden.

Witten. Wir ersuchen den Kollegen August Feed, geboren am 24. April 1882 in Bärenbach, mit unserem Ortskassierer abzurechnen. Die Ortsverwaltung.

### Adressen-Veränderungen.

- Altfeiningen. Vorf.: Bernhard Schmitt, Werkplatz Holzmann & Comp.
- Beuthen (Oberschlesien). Vorf. u. Kass.: Joh. Gaud, Tarnowitzer Straße 10, III.
- Kesselbach b. Gießen (Obersachsen). Vorf.: Heinrich Großhaus IV. Kass.: Johannes Großhaus II.
- Rindisch. Vorf.: Paul Stiglich in Göddau bei Elstra (Sachsen).
- Mühlhausen (Elßaß). Vorf.: Joh. Klink, Zimmerleutstr. 7, pt. I. Tilfitt. Vorf.: E. Kurpath, Seilerstraße 12. Kass.: Gelhar, Ueberrn Leich 31.
- Waren (Mecklbg.). Vorf.: Wilhelm Hagen, Untere Wallstr. 31. Kass.: Wilhelm Mühlow, Kleine Gasse 26.

### Briefkasten.

J. Welche Firma die Werkstein-Arbeiten zum „Boarding-Palast“ in Berlin geliefert hat, ist uns nicht bekannt. — T. Wir würden davon abraten. Du kennst doch unsere Rechtsprechung. Dem verlierten Teil werden dann die immerhin beträchtlichen Gerichtskosten aufgebürdet. Lasse Dir die Sache noch einige Male durch den Kopf gehen. — R. Wir mennen uns in solche Sachen nicht. — J. Hoffentlich hat sich nun die Differenz erledigt. Man muß doch seinem eigenen Kollegen gegenüber nicht gleich mit einer solchen Schärfe vorgehen. — So, nun wird man in R. sagen: wir danken für den pastoralen Bescheid. — 14. Die Druckfestigkeit ist nicht ausschlaggebend. Daß die Baubehörde ein solches Vorkommnis ausschlägt, ist erklärlich. In der Fachpresse wurde überall darauf Bezug genommen. In erster Linie werden darunter auch die Steinmetzen leiden müssen. — G. Besorgen wir sehr gerne; vielleicht sind die Werke antiquarisch zu haben. Besten Gruß! — T. Ob sich der Marmor aus Südwesafrika sehr „flott“ bearbeiten läßt, wissen wir nicht. Wende Dich an den Kollegen Paul Melchior, Hamburg, Vorgesäßstraße 61, I. Die Muster weisen eine großkristallinische Struktur auf, also ein Zeichen, daß das Material ziemlich zähe ist.

Aus technischen Gründen wurde der „Steinarbeiter“ schon Dienstagmorgens gedruckt. Einige Berichte, welche uns erst Dienstag nach 11 Uhr zugehen, mußten bis zur nächsten Nummer zurückgestellt werden.

**Steinmetzen**  
werden noch eingestellt in unseren Betrieben zu Bunzlau, Wenig-Rackwitz, Plagwitz sowie Rückers und Friedersdorf (Heuföhner).  
**Zeidler & Wimmel.**

**Einige tüchtige Pflastersteinarbeiter**  
gesucht. Anfragen unter „Sachsen“ an die Exped. d. Bl. erbeten.

**Tüchtige Steinmetzen**  
werden eingestellt in den Werkplätzen Wünschelburg und Mittelsteine. Winterarbeit zugesichert. Eisenbahn-Fahrtgeld bis 3 Mk. für die Reise wird nach vier Wochen vergütet.  
**Carl Schilling, Kgl. Hof-Steinmetzmeister.**

**Steinmetzen**  
auf Sandstein für dauernde Arbeit gesucht. Bezahlung nach Tarif.  
**Fritz Schneeberg, Langelsheim a. H.**

**Pflastersteinboffierer**  
stellt ein für dauernde Arbeit  
**Willi Stein, Steinbruchbesitzer**  
Lommatzsch (Sachsen).

**1 Steinmetzgefelle** der mit Grabdenkmal-Arbeiten vertraut ist, auch Schrift hauen kann, findet dauernde angenehme Stellung bei  
**Otto Sitas, Steinmetzmeister, Stargard (Pommern).**

**Paul Puder wo steht Du? Es sucht Dich**  
**Karl Seidl**  
Weißwasser (Oberlausitz), Jahrsfr. 59.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser guter Vater  
**Xaver Stiglbauer sen.**  
Steinmetzpolier  
nach langem Leiden im Alter von 72 Jahren verschieden ist. Um hilfs Weile bittet  
München, den 1. September 1912.  
**Familie Stiglbauer.**

**Gestorben.**  
(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)  
In Bonn am 28. August der Sandsteinmetz Rudolf Albrecht, 24 Jahre alt, an Typhus.  
In Gommern der Pflastersteinmacher Friedrich Ruppel, 55 Jahre alt, an Lungentuberkulose.  
In Konstanz am 24. August der Sandsteinmetz Fritz Kärcher, 34 Jahre alt, an der Berufskrankheit.  
In Mannheim der Sandsteinmetz Adam Wegel, 49 Jahre alt, an der Berufskrankheit.  
In Strassburg der Sandsteinmetz Albert Hanselmann, 42 Jahre alt, an einem Magenleiden.  
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

# Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 36.

Sonnabend, den 7. September 1912.

16. Jahrgang.

## Wirtschaftliche Rundschau.

### Englands Rücktritt von der Zuckerkonvention — die Bedeutungslosigkeit für den Zuckermarkt.

Wir haben die Rundschau stets auf die Mitteilung und übersichtliche Behandlung der Haupttatsachen von Produktion und Handel beschränkt und wirtschafts- und handelspolitische Streitfragen jederzeit beiseite gelassen. Neuerdings hat aber ein zunächst rein politischer Vorgang den Warenmarkt in einer Weise beeinflusst, daß ein kurzes Eingehen auf den Fall nicht zu vermeiden ist.

England hat zum 1. September 1912 seinen Rücktritt von der Brüsseler Zuckerkonvention erklärt und auf dem Zuckermarkt hat sich darauf ein ziemlich heftiger Kampf der Meinungen sowohl von der Kauf- als auch von der Exportpartei abgepielt. Liegt wirklich eine Ursache für solcher Beunruhigung vor? Die erste Zuckerkonvention von 1902 war das gemeinsame Werk von England und den mitteleuropäischen Ländern der Rübenzuckerproduktion und des Zuckereports. England wollte die Sorge abschütteln, daß seine kolonialen Zuckerobergebiete: Westindien, Ostindien, Mauritius durch eine staatlich unterstützte (prämiierte) Zuckerausfuhr aus Deutschland, Österreich und Frankreich ganz und gar ruiniert würden, nachdem schon jahrelang ein zum Teil rascher Verfall zu bemerken war. Mitteleuropas Finanzminister wiederum brauchten die bisher für Ausfuhrprämien verwendeten Millionen nötiger zu anderen Zwecken, und außerdem verfiel sich in der Konkurrenz zwischen Deutschland, Österreich, Frankreich, Belgien und Holland gar nichts Wesentliches, wenn gleichzeitig auf allen Seiten die Prämien fielen. Zu fürchten war nur ein Wettbewerb, bei dem der eine Partner auf die Prämien hätte verzichten müssen, während der andre nach wie vor weiter mit Staatsprämien und hierdurch ermäßigten Schlusspreisen wirtschaften konnte. Das Ergebnis langjähriger internationaler Reformbemühungen war endlich die Konvention von 1902. Die bedeutendsten Prämienstaaten vereinbarten gegenseitig die Aufhebung aller ihrer Staatssubventionen für die Zuckerproduktion und den Zuckereport. Sollten dennoch ein paar Ausreißer mit Prämien bleiben oder sich in Zukunft herausbilden, so war jeder schädlichen Rückwirkung auf den Export dadurch vorgebeugt, daß England, das große umstrittene Zuckerabslander, seinerseits ins Gesetz trat und sich verpflichtete, solchen Prämienzucker von Ausreißern überhaupt nicht hereinzulassen oder mit Strafzöllen zu belegen, die den Prämienvorsprung einer solchen Konkurrenz vollständig wieder ausgleichen. Ausfuhrländer und Absland fanden sich so in seltener Einmütigkeit zu einer internationalen Konkurrenzregelung, zur Wiederherstellung normaler Wettbewerbsbedingungen zusammen.

Den dunklen Punkt bildete von Anfang an das außengebliebene Rußland. Es wollte auf seine Prämien nicht verzichten, ersuchte und begehrte jedoch trotzdem für seine wachsenden Ausfuhr fraktionelle Zulassung zum englischen Markt. Allmählich kamen ihm auch starke englische Konsumenteninteressen wieder williger entgegen und die Weiterbeteiligung Englands am Kampfe gegen die Prämien wurde immer zweifelhafter. Bei der ersten Verlängerung, 1907, war man deshalb froh, einen leidlichen Kompromissweg gefunden zu haben: England ließ sich zwar nicht länger zu Einfuhrverboten und Ausgleichszöllen verpflichten, aber dem russischen, dem einzig gefährlichen, weil prämierten Export, wurden die schlimmsten Giftzähne dadurch ausgebrochen, daß Rußland nur einen bestimmt bemessenen Höchstbetrag nach Westen, das heißt nach England, ausführen durfte. Unter diesen Bedingungen blieb 1907 England bei der Konvention und trat Rußland 1907 erstmalig bei. Die Verlängerung des alten Grundbetrags gelang, in dieser neuen Form, bis zum 31. August 1912.

Im Vorjahre 1911 bäumten sich mit einemmal die englischen Konsumenteninteressen und die russischen Ausfuhrinteressen lebhafter als je gegen den internationalen Vertrag auf. Dürre und Trockenheit hatten die Rübenenernte Mitteleuropas gewaltig dezimiert, die Zuckerpriese, auch in England, stark erhöht. Nur Rußland hatte kaum gelitten, sondern sah im Gegenteil, zusammen mit dem Ergebnis der vorjährigen überreichen Rübenenernte, ungeheure Zuckervorräte aus alter und neuer Ernte sich ansammeln. Aber Rußland konnte nach dem löhrendsten, zahlungsfähigsten Markt hin sich nicht Dult verschaffen, weil sein vertragsmäßiges „Ausfuhrkontingent“ rasch erreicht war und nicht überschritten werden durfte. England konnte aus dem gleichen Grunde die in Rußland weiter verfügbaren Vorräte nicht für seine Konsumbedürfnisse mobilisieren.

Am liebsten hätten nunmehr Rußland sowohl wie England die alte Schranke ganz fallen sehen; dahingehende Verhandlungen zwischen den Vertragsmächten wurden 1911 auch sofort eröffnet. Die Lebenskraft des Konventionsgebändens erwies sich jedoch bei diesem neuen Anstoß abermals als überraschend widerstandsfähig. Die mitteleuropäischen Produktionsstaaten hatten 1911 glücklicherweise starke Krämpfe in der Hand. Sie hatten schlimmsten Falles zwar im Herbst 1912 Rußlands vollständiges Wiederausscheiden zu fürchten. Aber für Rußland war es von geradezu rettender Bedeutung, wenn es sofort, und noch dazu bei den vorübergehend so außerordentlich löhrenden Preisen, einen Teil seiner Vorräte abstoßen durfte, die nach der Konvention von 1907 für Ausfuhrzwecke ganz

brauch lagen. Man einigte sich also auf einem Mittelweg: Rußland erhielt die Erlaubnis zu größeren momentanen Ausfuhr zu gestanden (Mehrerlaubnis nach dem Westen 1911/12 150 000, 1912/13 50 000, 1913/14 50 000 Tonnen), dafür mußte andererseits Rußland sich verpflichten, auch nach 1913 fünf weitere Jahre, also bis zum 31. August 1918, der Konvention treu zu bleiben. Entsprechend haben die mitteleuropäischen Vertragsstaaten sich untereinander über den neuen Endtermin 1918, statt 1913, geeinigt.

Englands Rücktritt bleibt demnach bis 1918 ohne größere praktischen Wirkungen für den Zuckermarkt. England darf infolge seines Rückzugs von der Konvention nach Belieben prämierten Zucker, ohne Verkehrsperren und Ausgleichszölle, beziehen, und das steht auf den ersten Blick recht bedenklich für die nichtprämierte Konkurrenz, das heißt in erster Linie für die deutsche, österreichische und französische Rübenzuckerproduktion aus. Aber England findet, infolge der von ihm zwar im Stich gelassenen, aber dennoch erneuerten, aus den erwähnten Gründen sogar vorzeitig erneuerten Konvention, praktisch nur unbedeutende Mengen von Prämienzucker zur Heranziehung vor, so daß die Bedenken sich ganz wesentlich vermindern; soweit, wie das bei so vielseitigen und verwinkelten Interessentkonflikten nur erwartet werden kann. Ein neues Moment bringt demnach Englands formale Kündigung überhaupt nicht für den Markt, alle durchschlagenden Bestimmungen waren bereits durch das Übereinkommen mit Rußland festgelegt, also durch das „Protokoll“ vom 17. März 1912, „betreffend die Fortsetzung der durch den Zuckervertrag vom 5. März 1902 gebildeten internationalen Vereinigung“. Daß die nächsten Interessenten einige Ausbrüche des Unmut über Englands Politik der freien Hand trotzdem nicht unterdrücken konnten, war erklärlich; eine Ersütterung des Zuckermarkts war jedoch in keiner Weise berechtigt. Nach einigen Schwankungen ist er denn auch wieder zu ruhigeren Verhältnissen zurückgekehrt. In des steht, nachdem das Vorjahr einen so großen Produktionsrückgang brachte (Deutschland 1910/11 25,74 Millionen Doppelpentner Zucker, 1911/12 noch nicht 14,19 Millionen Doppelpentner), und da die neue Rübenenernte noch nicht klar zu übersehen ist, der Zuckerpreis weiter ziemlich hoch (am 19. August in Hamburg pro 50 Kilogramm 11,90 Mk. per August).

Berlin, 26. August 1912. Max Schippel.

## Aus dem bayrischen Gewerbesinspektionsbericht.

Leider ist in dem Bericht für das Jahr 1911 die Steinindustrie nicht genügend gewürdigt worden. In den früheren Berichten war es besonders der Gewerbe- und Bergbau-Zustand, welcher mit großer Sachkenntnis die Berufsverhältnisse der bedeutungsvollen Sandsteinindustrie des Kreises Unterfranken beleuchtete. Seine Darlegungen hatten wir damals im „Steinarbeiter“ eingehend besprochen und unsre Kollegen im genannten Bezirk waren sehr froh, daß Herr Luz in autoritativer Weise erklärte, wie gesundheitschädlich der Beruf eines Sandsteinarbeiters ist. Im Bericht für das Vorjahr ist man über die Steinindustrie rascher Schrittes hinweggegangen. Hoffentlich wird man in Zukunft auch der Steinindustrie in den Gewerbesinspektionsberichten wieder etwas mehr Bedeutung beilegen. — Wir zitieren nachstehend die jährlichen Stellen, welche im Bericht auf unsre Industrie Bezug nehmen:

Bei Revisionen von 141 Steinbrüchen und Steinhauereien waren in 40 Fällen der mangelnde Ausnahm der einschlägigen Bundesratsverordnung zu beanstanden.

Das lebhafteste Bestreben von Seiten der Brauereien, möglichst viele Kantinen zur Versorgung mit Bier in Steinbruchgebieten zu erhalten, läßt darauf schließen, daß Bierverbrauch und Gewinn hieraus sehr erheblich sind. Wenn einerseits Polizeibehörden sich ein besonderes Verdienst erwerben durch Ueberwachung dieser Kantinenbetriebe, daß sich die Bierabgabe auf die Zeit der Pausen beschränkt, so hat andererseits die Erteilung einer Schankkonzession an die Kantinenhaber dahin gewirkt, daß die Arbeiter des Kostenunterschiedes zwischen ortsblichem und Anschaffungspreis verlustig gehen.

In Steinbrüchen war mehrmals darauf zu bringen, Jugendliche an das Tragen von Schuhbrillen beim Ausmachen von Pflastersteinen zu gewöhnen.

(Bericht für Niederbayern.)

Auch die weitere in gesundheitlicher Hinsicht sehr wichtige Bestimmung für Sandsteinarbeiter, daß letztere beim Bohren oder der weiteren Bearbeitung von Sandstein mindestens zwei Meter voneinander entfernt sein müssen, wurde streng überwacht.

Ein Steinbruchbesitzer wurde mit 3 Mk. bestraft, weil er in seinem Steinbruch keinen Abort errichtete; ein Steinhauer um den gleichen Betrag, weil er auf seinem Arbeitsplatz keine Schutzhütte herstellte.

(Bericht für die Pfalz.)

Das Bestreben, die Sonntagsarbeit auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken, ist allgemein bemerkbar und kommt

besonders in den im Berichtsjahr abgeschlossenen Tarifen zum Ausdruck.

Von den 16 tödlich verlaufenen Unfällen ereigneten sich vier beim Steinbruchbetrieb. Ein Arbeiter stürzte, von einem niedergehenden Stein getroffen, eine 25 Meter hohe Felswand hinab; ein andrer wurde von dem losreichenden Ende einer Klammglocke erschlagen und zwei weitere wurden von abstürzenden Felsen tödlich verlegt.

Der Abschluß von Tarifverträgen wurde von den Steinmetzen des Maintales mit besonderem Interesse angefaßt. Auf Einladung der Arbeitgeber hat der Verichterstatte an den Verhandlungen, die volle drei Tage in Anspruch nahmen, teilgenommen. (Bericht für Oberfranken.)

Wegen Uebertretung der überpolizeilichen Vorschriften für den Betrieb der oberirdischen Steinbrüche wurden elf Arbeiter Geldstrafen in der Höhe von 3 bis 60 Mk. verhängt. Außerdem wurde für den tödlichen Ausgang eines Unfalles ein Bruchmeister verantwortlich gemacht. Dieser wurde zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

(Bericht für Unterfranken.)

Aus den Berichten geht hervor, daß die Tarifabmachungen die früher in Bayern sehr übliche Sonntagsarbeit so ziemlich beseitigt haben. Interessant ist die Bemerkung, daß die Brauereibesitzer sich sogar die Kantinen konzessionieren lassen. Dadurch steigen natürlich mit einem Schlage die Bierpreise pro Liter um einige Pfennige. Unverständlich ist der Hinweis, daß ein Steinhauer bestraft wurde, weil er keine Schutzhütte herstellte. Diese Fassung ist sicherlich eine journalistische Entgleisung, denn wir wüßten nicht, auf welche gesetzliche Bestimmung sich die Behörde bei der Beurteilung gestützt hätte.

Die Zahl der vorgenommenen Revisionen läßt noch viel zu wünschen übrig. Soweit die Steinindustrie in Frage kommt, ergibt sich bezüglich der Revisionstätigkeit folgendes Bild:

Provinz	Zahl der Betriebe	Beschäftigte Arbeiter	Revidierte Betriebe	Beschäftigte Arbeiter
Oberbayern	49	1228	21	1051
München	18	415	9	102
Niederbayern	136	4038	122	4038
Pfalz (Nord)	161	3305	139	2915
Pfalz (Süd)	85	1180	56	1015
Oberpfalz	78	1975	70	1938
Oberfranken	224	4380	157	2946
Münchberg-Grieth	7	—	—	—
Mittelfränk.(Land)	9	1676	58	1476
Unterfranken	259	4671	216	4092
Schwaben	21	371	8	234
<b>Summa</b>	<b>1112</b>	<b>22261</b>	<b>861</b>	<b>18667</b>

Die Revisionen haben gegenüber den Vorjahren etwas zugenommen. Aber die Steinbrüche und Steinhauereien liegen meist sehr weit auseinander, so daß es nötig ist, die einzelnen Betriebe öfters zu revidieren. Wir können nur den dringenden Wunsch aussprechen, daß in Zukunft in den Berichten selbst mehr das Kritische über die Steinindustrieverhältnisse berücksichtigt wird.

## Bericht des internationalen Steinarbeitersekretariats

pro II. Quartal 1912. (Der deutsche Bericht wurde weggelassen.)

Schweden. Im letzten Halbjahr 1911 sowie im ersten Halbjahr 1912 wurden von verschiedenen Gruppen die geltenden Kollektivtarife gekündigt, um hierdurch die Löhnerhältnisse zu verbessern. Die bedeutendsten Lohnbewegungen waren: Der Tarif für sämtliche Arbeiter der Pflastersteinindustrie in Bohuslän, zirka 1900 Mann umfassend, welche unsern Verbände angehören. Die Pflastersteinhauer in Norberg, sowie sämtliche Gruppen der Pflastersteinindustrie in Öster-Alexingen. Hierzu kommen nun eine Anzahl kleine Plätze, die alles in allem 1600—1700 Mann umfassen. In sämtlichen diesen Lohnbewegungen haben die Arbeiter nennenswerte Lohnaufbesserungen, sowohl betreffend Stundenlohn als Akkordlohn erlangt. Die Stundenlöhne der am schlechtesten bezahlten Arbeiter in Bohuslän betragen 34 Derc pro Stunde. Die Pflastersteinhauer erhalten einen Stundenlohn von 17 Derc. Die Arbeitszeit beträgt pro volle Woche 58 Stunden. Die Lohnherabsetzung auf Alexingen, wie auch auf andern Plätzen ist zirka 10 Prozent. Die Stundenlöhne variieren in verschiedenen Gruppen von 31—45 Derc. Sämtliche Übereinkommen sind auf friedlichem Wege zustande gekommen.

Im ersten Quartal dieses Jahres wurden die übrigen größeren Tarife in unserm Verband gekündigt.

Die Mitgliederzahl unseres Verbands ist während des ersten Quartals bis zirka 4000 gestiegen. Die Konjunktur und die Arbeitsverhältnisse sind gute gewesen, weniger gut für Kaufsteinhauer und ziemlich schlecht in der Sand- und Kalksteinbranche, für die Marmorbranche einigermaßen gute.

## Reiseplaudereien.

Von A. D. Thiele.

### 3. Nach dem Mittelmeere.

Bist du eine Woche lang in Londons Sonnenglut rastlos umhergestreift von Museum zu Museum, von Sehenswürdigkeit zu Sehenswürdigkeit, so bist du erschöpft. Selbst die Kunstschätze des Britischen Museums und die unerreichten physikalischen, mineralogischen, ethnographischen und technischen Sammlungen der Kensington-Museen vermögen dich dann kaum noch zu fesseln. Du kehst im Kensington-Museum vor den ersten, von Steffenon und andern vor nahezu hundert Jahren gebauten beweglichen Dampfmaschinen mit ihrem unbeholfenen Gestänge und wirst dir kaum klar, welchen ungeheuren Fortschritt seitdem der Maschinenbau gemacht hat und welche Revolution dieser Erfindung zu danken ist. Dir imponiert nicht mehr das fabelhafte Straßenreiben, der märchenhafte Reichtum. Deine geistige Spannkraft ist erschöpft. Du besuchst dann wohl das Grab unseres Alimeisters Karl Marx auf dem mächtigen Friedhofe des Highgate (Hölggatt) Hill im Norden Londons. Die Ruhe unter den schattigen Baumgängen tut dir wohl. Nun ruht übrigens auch der alte Parteiveteran Bekner, den ich vor drei Jahren besuchte und der trotz seiner 86 Jahre und seiner Blindheit und Schwerhörigkeit noch so gern und so lebhaft plauderte, auf einem der Friedhöfe im Süden der Stadt. Ich war der letzte deutsche Parteigenosse gewesen, den er vor seinem bald darauf erfolgten Tode gesprochen hat.

Du sehnst dich heraus aus dem Gemühl Londons. Da wirft der Aufenthalt auf dem Luggdampfer Prinz Ludwig, der uns von Southampton aus nach dem Mittelmeere bringen soll, erquickend. Die dreißig Grad Celsius im Schatten fallen nicht lästig; sie werden durch eine milde Brise gemildert. — Wieder nur Himmel und Wasser, zunächst nur Inapp vier Tage lang, aber ein Valsal für die Nerven. Und dein Magen gewinnt eine Aufnahmefähigkeit, über die du erstaunst. Bist du ein Frühaufer, so kannst du schon morgens 6 Uhr auf dem Deck Kaffee und frischgebakene Brötchen ge-

nießen, soviel du willst. Aber lasse noch ein Stöcken im Magen frei. Denn um acht Uhr ladet dich die Glocke nach einem der Speisefäle zum ersten Frühstück. Außer Kaffee, Tee, Kakao, Oaferrgrütze, Schokolade werden dir da nach freier Auswahl, und in unbegrenzten Mengen serviert gedankener oder gebratener Fisch, diverse Braten, knusperige Sühnerzenteil, Geespiesen aller Art, Frische, Marmeladen, pikante Andovis, Kurg, eine Auswahl, die dir die Mäulse schwer macht. Und du wunderst dich über die Mengen, die du vertilgen kannst. Seelst macht Appetit.

Nun beginnt das dolce far niente, das süße Nichtstun. Du bliffst vom bequemen Lehnstuhl aus ins weite Meer und rauchst deine Zigarre. Oder du unterhältst dich mit rasch erworbenen Bekannten. Oder du läßt dir ein Buch aus der Schiffsbibliothek kommen. Oder du beteiligst dich an einem der Bewegungsspiele, am Ringwerfen, am Scheibenspiel, am Schuffleboard, und wie sie alle heißen. Nach zehn Uhr wird Bonillon herungereicht mit belegten Brotkruttchen, und du wirst schon wieder essen, obgleich du nach dem ersten Frühstück meinst, für den ganzen Tag vorgelegt zu haben. Es ist nur, damit du nicht aus der Übung kommst. Denn mittags zwölf Uhr ladet dich die Glocke zum zweiten Frühstück nach dem Speisefaal. Das Menu ist noch reichhaltiger als beim ersten Frühstück. Da jeder Steward (Steward) nur sechs bis acht Käse zu bedienen hat, erfolgt das Herumreichen der Platten und Schüsseln schnell. Der Küchenbedient ist in einer Weise organisiert, daß er jedem Hotel Ehre machen würde, und die Zubereitung der Speisen betriebigt auch den Feinschmecker. Kristallklares Eiswasser steht in Karaffen auf jedem Tisch und bildet das übliche Tischgetränk. Wer Wein oder Bier haben will, bekommt es, muß aber dafür extra bezahlen, während alle Speisen, Kaffee, Tee Bonillon, Kakao usw. mit im Fahrpreis enthalten sind.

Nach dem zweiten Frühstück wird die allgemeine Siesta abgehalten. Wer ein Mittagsschlüpfchen gewöhnt ist, kann seiner Reigung in seiner Kabine oder auf einem der bequemen Verbedstühle genügen. Auch Kaffee und Tee gibt es beim und nach dem Lunch (Lönch). Schon um drei Uhr wird wieder Kaffee mit Brötchen und Feingebäd serviert, und um 6 Uhr abends ist nach englischem Gebrauche die Hauptmahlzeit. Du wunderst dich, wo du es hinsetzt,

aber du ist, und nicht zu knapp. Das Musikkorps des Schiffes, aus zwölf Stewards bestehend, gibt auf dem Verbed sein Abendkonzert. Volkslieder, Märsche, Ouvertüren, Opernmelodien wechseln in bunter Folge, mancher Musikdirektor dürfte stolz sein, wenn seine Kapelle so spielte. Der Abend kommt. Ein erfrischender Hauch weht vom Meere herauf. Der Sonnenball steigt hinab und läßt wundervolle Lichtreflexe auf dem Wasserpiegel erstittern.

Jetzt füllen sich die Rauch- und Restaurationszimmer. Statbrüder fangen ihren Lachs; um die Schachspieler gruppieren sich stumm die Liebige, Domino- und Damen- oder Mühlenpieler suchen sich zu überlisten. Ein halbes Liter sehr gutes Bier kostet 50 Pfg. Eiswasser gibt es jederzeit nach Belieben und gratis. Damit keiner Hunger leide, werden gegen 9 Uhr abends Platten mit belegten Brötchen, sogenannte Sandwiches (Sandwittch), hingestellt, und wer Alkoholbräcker ist, bekommt jetzt wiederum kostenlos Kaffee, sogar auf Wunsch koffeinfreien oder Tee.

Aber es duldet uns nicht lange im geschlossenen Raume, wenn auch durch die geöffneten Fenster der frische Odem des Meeres streicht. Die köstliche Seeluft lödt uns wieder hinaus aufs Verbed, das von elektrischen Lampen genügend beleuchtet ist.

Ein neues Schauspiel. Die Nacht ist da. Wir stehen am hinteren Ende des Schiffes und schauen in das vom Schiff zu Schaum geschlagene Wasser hinab. Da springt ein feuriger Funke aus der Tiefe herauf, noch einer, jetzt sechs, zehn, eine ganze Feuerzarge; blau, grün, rot, gelb — in allen Farben erglänzen die Funken. Schnell erstirbt der Glanz, doch immer aufs neue erzeugt er sich im aufsprudelnden Kielwasser. Es ist Meerleuchten, ein bezaubernder Anblick; du wirst nicht müde, dem Funkenwechsel zuzuschauen. — Es ist elf Uhr geworden. Noch einige tiefe und lange Atemzüge, um der Lunge bis in ihre letzten Vertiefungen reine Luft zuzuführen; dann suchst du deine Kabine auf, und obwohl du den ganzen Tag nichts gemacht hast als essen und nichtstun, wirst du wohl bald eingeschlummert sein. Ist das Meer so ruhig wie in diesen Tagen, so späzt du nichts von der Bewegung des Schiffes. Ein Wagen, der nachts vor deiner Bohnung vorbeifährt, erschütterst dein Bett mehr, als es die gewaltigen Schiffsmaschinen

**Dänemark. Marmor- und Granitsteine.** Am 8. Juni traten die Angehörigen unserer Gruppe in Kopenhagen in den Streik und dauerte derselbe bis zum 20. Juni. Es kam dann eine Vereinbarung zustande, wonach den Berufskollegen die Stundenlöhne um 10 Dore erhöht wurden; so betragen jetzt die Mindestlöhne 42, 45 bis 47 Dore, ab 1. April 1914 44, 47 bis 50 Dore. Die Affordpreise wurden ebenfalls um 5—10 Prozent erhöht. Für Maschinenfleischer wurde ein Tarif aufgestellt, wonach die Preise um 25 Prozent höher zu stehen kommen als bisher. Die Bewegung wurde sehr gut geführt und mußten die Meister bald die Hoffnung aufgeben, von auswärts Streikbrecher zu erhalten.

**Belgien.** Dem Bericht des Verbandskongresses vom 26. Mai entnehmen wir folgendes: Anwesend waren 46 Delegierte, die 28 Sektionen und 13 000 Mitglieder vertraten. Der Kassenericht ergibt, daß im Streikfonds etwa 30 000 Franc enthalten sind. Die Vöhne sind vielerorts ziemlich in die Höhe gegangen, speziell in den Provinzen Flandern, Namur und Lüttich. Ein großer Fortschritt der Organisation wird speziell aus der Provinz Flandern konstatiert, ebenso in Lüttich. Große Kämpfe waren in Lüttich. Der Zentralvorstand wurde beauftragt, die Frage der Schaffung eines Landesstaris zu prüfen; bis zum Inkrafttreten desselben sollen aber überall, wo Bewegungen bestehen, Distrikstaris eingeführt werden. Ferner wurde beschlossen, es sei allerorts danach zu trachten, daß die Arbeitszelle vom Unternehmer beschafft werden, überhaupt soll der Anschaffung von Werkzeug durch die Steinhauer gesteuert werden.

**Italien.** (Bollettino del lavoro.) Aus der Streikstatistik für Stein- und Zementbetriebe ist folgendes zu entnehmen: Streiks waren 19 mit 922 Beteiligten; 5 davon entfallen auf die Provinz Emilia, 3 auf die Lombardei und 3 auf Venedig. Vollständig erfolgreich waren 2 Streiks mit 235 Beteiligten, teilweise 6 mit 292 Mann; ganz erfolglos 9 mit 454 Mann. In Canina haben die Steinhauer der Firma Santucci am 15. Januar die Arbeit niedergelegt und verlangen 7 Prozent Lohnverhöhung (bisher achtstündige Arbeitszeit mit 3.20 Franc Verdienst). Nach dreitägiger Dauer wurde die Forderung bewilligt. 15 Mann hatten weitergearbeitet.

**Schweden.** Nachdem die Unternehmerorganisation eingesehen hatte, daß sie durch ihre Ausperrung in St. Margrethen den Verband nicht schwächen konnte, hat sie sich auf ein anderes Gebiet verlegt und die Meister zum Angriff gegen uns gezwungen. Es war dies im Tessin, wo sie ruhte, daß damals kaum die Hälfte der Steinarbeiter organisiert war. Damit hofften die Unternehmer, der Organisation den letzten Stoß geben zu können. Sie haben aber dort den Streik so ungehindert an den Haaren herbeigezogen, daß selbst alle Umorganisierungen, mit Ausnahme von etwa 20 Mann, einmütig die Arbeit niedergelegt haben und ein großer Teil der Gemeinden, in deren Mäyon die Steinbrüche lagen, bei der Regierung gegen das Vorgehen der Meister Protest einlegten. Nach sechs-wöchiger Dauer, in welcher Zeit einige hundert Kollegen abstreikten, kam ein Friede zustande, der für ein Jahr die bisherigen Arbeits- und Lohnverhältnisse zusicherte. Der Kampf wurde gegen die Einführung des Affords und eine beabsichtigte Lohnreduktion geführt.

**Ungarn.** Im 2. Quartal war der Geschäftsgang ein guter, die Konjunktur eine ausgeglichene. Es wurde eine Zählstelle mit 24 Mitgliedern in Szombathely errichtet. Die gute Konjunktur wurde nach Möglichkeit zugunsten der Verbesserung der Vöhne und Arbeitsverhältnisse ausgenutzt. So hatten wir im 2. Quartal 7 Lohnbewegungen, was für Ungarn, wo nicht nur die Steinindustrie, sondern die ganze Industrie noch in den Anfangsstadien steht, etwas heißen will. Die Lohnbewegungen spielten sich in Pozsony, Sopron, Kecskemet, Zombor, Pilske, Lemesvar und Györ ab und wurden bei diesen für 192 Kollegen Lohnverbesserungen erreicht. In Pozsony und Zombor konnten wir auf friedlichem Wege Tarife zum Abschluß bringen.

**Der Kunststein greift immer mehr um sich.** Hier in der Hauptstadt (Budapest) entstanden in diesem Jahre zwei neue Kunststeinfabriken. Man versuchte schon sehr oft, in diesen den Afford einzuführen, was aber durch den Widerstand der Kollegen nicht gelang. Zurzeit werden 74—80 Heller Stundenlohn bezahlt. Auch in den Provinzstädten vermehren sich die Kunststeinfabriken. Die Verwendung der Tagelöhner zur Bearbeitung des Kunststeins verursacht uns überall Kämpfe, doch ist es uns bisher gelungen, diese überall fernzuhalten. Für dieses Jahr haben wir keine Bewegungen mehr im Plan, aber um so mehr wird es nächstes Jahr geben.

## Eine Riesensprengung in einem Steinbruch.

In Steinbrüchen sind öfter größere Sprengungen erforderlich, um bessere Angriffslächen für kleinere Sprengungen zu erhalten. Selten aber kommt eine Sprengung von so großem Umfange vor, wie sie vor einiger Zeit in Tenino (Washington) mit großem Erfolg ausgeführt worden ist. Die Zeitschrift: „Süd- und Mittelamerika“ berichtet darüber: Der Zweck dieser großen Sprengung war das Zerteilen eines Sandsteinfelsens von ungefähr 500 000 Tonnen Gewicht. Der Sandstein sollte zu Hafenanbauten benutzt werden. Die Felsmasse wurde durch die ungeheure Sprengung in Blöcke von verschiedenen Dimensionen zerteilt, die jetzt in bequemen Stellungen liegen, so daß sie leicht weiter zersprengt und verladen werden können.

Der „Herkules“, den es zu besiegen galt, befindet sich ungefähr eine englische Meile nördlich von Tenino, einer Stadt, die an der Hauptlinie der Northern Pacific Railway, 59,5 Kilometer

südlich von Tacoma liegt. Neber 100 000 Kubikmeter Sandsteine waren dem Steinbruch schon entnommen. Die übriggebliebene Felsmasse stand in Form einer großen Kase auf dem Boden des Steinbruchs. Ihre Ausdehnungen waren ungefähr 152,5 Meter Durchmesser auf dem Boden bei einer Höhe von 15,25 Meter bis 21,35 Meter. Der Felsen bestand aus mittelförnigem, grünlichem Sandstein von dichter Struktur. Er lagerte auf einem Schieferboden, dessen Mächtigkeit 36 Meter betrug, wie durch Bohrungen mit einem Diamantbohrer festgestellt war. Zwischen dem Schieferboden und dem Sandsteinfelsen lag eine Kalkschicht von ungefähr 25 Millimeter Dicke.

Um der Sprengung die gewünschte Lage unter dem Felsen geben zu können, mußten zwei Tunnel mit seitlichen Bohrungen getrieben werden. Die Tunnel liefen nicht rechtwinklig zur Außenfläche des Felsblocks, sondern unter einem Winkel von ungefähr 70 Grad zu dieser. Der südliche Tunnel, der 46 Meter lang war, hatte drei Paar seitliche Bohrungen von 9 Meter bis 15 Meter Länge. 60 Meter von diesem Tunnel entfernt befand sich der zweite 56 Meter lange Tunnel mit 4 Paar seitlichen Bohrungen von 15 Meter Länge. Die Tunnel hatten 0,9 Meter bis 1,07 Meter Durchmesser; sie waren teilweise mit Hilfe von Bohrmaschinen hergestellt. In die von den beiden Tunneln abzweigenden seitlichen Bohrungen wurden 21 550 Kilogramm Schwarzpulver und 600 Kilogramm Dynamit gebracht. Der leergebliebene Raum der Bohrungen wurde darauf durch eingetriebene Felsstücke geschlossen, und in den letzten 1,5 Meter bis 2,0 Meter einer jeden Bohrung wurden solide Paßstücke mit Keilen befestigt.

Die Mündungen beider Tunnel wurden hierauf ebenfalls durch Felsstücke und Keile fest zugesperrt. Dieser doppelte Verschluss hat sich als äußerst vorteilhaft erwiesen. Der Umstand, daß jede der Bohrungen direkt über der Schieferunterlage des Felsens angebracht war, hat ohne Zweifel mit dafür gesorgt, daß die Explosionskraft sehr gleichmäßig verteilt wurde. Zum Abfeuern wurden durchweg zwei Satz elektrischer Zünder angewandt. Bei jeder Ladung befand sich ein Zünder am oberen und einer am unteren Teil der Ladung. Sowohl die oberen, als auch die unteren Zünder waren durch je eine elektrische Leitung verbunden. Beide Leitungen waren in Serien geschaltet. Sie führten zu einer Batterie, die 460 Meter vom Steinbruch entfernt auf freiem Felde stand.

Um 2 1/2 Uhr nachmittags wurde Strom durch die ungeheure Ladung geschickt. Hunderte von Zuschauern sahen, wie sich der Felsblock in größere Blöcke zerteilte, die vier bis sechs Meter hoch in die Luft gehoben wurden; darauf bedeckte im Augenblick ein dichter, schwarzer Rauch den Steinbruch. Viele kleinere Felsstücke wurden über hundert Meter weit in die Luft geschleudert, von denen einige die zu den Steinbrüchen gehörigen Gebäude unbedeutend beschädigten.

Im allgemeinen war die Wirkung der Explosion so, wie die Besucher des Steinbruchs sie erwartet hatten. Die Front des Felsens fiel nach vorne. Ihre Krümmung bedeckte eine Fläche von 18 bis 25 Meter Breite. Die Mehrzahl der Stücke waren mehrere Tonnen schwere Blöcke, doch waren auch einige darunter, die auf mehrere tausend Tonnen Gewicht geschätzt wurden. Ein besonderer Faktor bei dieser großartigen Sprengung war das Vorhandensein einer großen, flachen Fuge, die sich über die ganze Spitze des Felsens bis dicht an die Enden der Tunneln ausdehnte. Auf dem Entwurf für die Sprengung zeigte eine punktierte Linie die erwartete Wirkung der Explosion nach dem Innern des Steinbruchs (unter dem Felsen). Nach der Sprengung sah man auf der Stelle, welche die punktierte Linie bezeichnet hatte, eine große Spalte, die ungefähr 120 Meter lang, 5 bis 10 Meter breit war und eine mehrere Meter tiefe von 9 bis 15 Meter hatte. Sichter gingen aber Risse noch tiefer in das Schieferbett hinein. Die Felsmassen waren an diesen Stellen von dem Schieferbett glatt abgestreift. Einige der größten Felsblöcke lagen auf den angehäuften kleineren Stücken. Ein kleiner Teil des Felsens in südlicher Richtung war nicht zerstört. Es ist unmöglich, das Volumen der gesprengten Felsmassen anzugeben, bevor genaue Messungen vorgenommen sind, doch wird es auf mindestens 150 000 Kubikmeter geschätzt. Ohne Zweifel hat diese großartige, erfolgreiche Sprengung das Verlegen der ungeheuren Felsmasse, welches bei der allgemein gebräuchlichen Methode eine sehr lange Zeit in Anspruch genommen hätte, sehr erleichtert und verbilligt.

## Der Widerstand einer Arbeitszeitverkürzung in der Holzindustrie.

Unternehmer- und Arbeiterorganisation im Holzgewerbe hatten schon im Jahre 1907 den Plan erwogen, die wichtigste Frage des gegenseitigen Tarifvertragsverhältnisses, nämlich die Arbeitszeit, auf zentraler Grundlage zu regeln, d. h. diese Frage den örtlichen Tarifkämpfen zu entziehen und vom Standpunkt der Allgemeininteressen aus zu behandeln. Bei dem bisherigen Zustande konnte es vor, daß innerhalb desselben Wirtschaftsbereiches ganz verschiedene Arbeitszeiten für dieselben Branchen festgesetzt oder mindestens doch des öfteren von der einen oder anderen Partei angefordert werden, je nachdem die Situation dazu angetan war. Dieser Zustand hat mancherlei Mißstände gezeitigt. Besonders die Unternehmer waren es, die aus Konkurrenzgründen eine Verringerung dieser Zersplitterung wünschten und einheitlich geregelte Verhältnisse forderten. Auch die Arbeiter haben letzten Endes kein Interesse daran, an dem bisherigen ungleichen und regellosen Zustand festzuhalten, obwohl für sie in erster Linie der Gesichtspunkt der weiteren Verkürzung der Arbeitszeit maßgebend sein muß. Das ist auch der Standpunkt des Holzarbeiterverbandes, der an der generellen Regelung der Arbeitszeit den hauptsächlichsten Anteil nehmen muß.

Bei den erstmaligen Beratungen dieser Frage im Jahre 1907 einigten sich die beiden Zentralen zunächst auf folgende Grundzüge: „Von den Fragen, welche durch allgemeine Vereinbarungen in erster Linie lösbar sind, bietet die Regelung der Arbeitszeit im deutschen Holzgewerbe im Verhältnis zur Lohnfrage und anderen die geringeren Schwierigkeiten.“ Nachdem in den meisten größten Industriezentren bereits der Neunstundentag eingeführt ist, in den Großstädten eine noch kürzere als die 8 1/2 stündige wöchentliche Arbeitszeit und in den namhafteren mittleren Orten fast allgemein eine Maximalarbeitszeit von 57 und weniger Stunden pro Woche schon besteht, kann als nächstes Ziel der geplanten Städteinteilung aufgestellt werden, die Höchstdauer der Arbeitszeit im deutschen Holzgewerbe bald auf 9 1/2 Stunden pro Tag zu beschränken und eine Klassifizierung in dem Sinne in Aussicht zu nehmen, daß die normale vertragliche Arbeitszeit im deutschen Holzgewerbe in absehbarer Zeit auf neun Stunden pro Tag festgelegt wird, wie dieselbe zum Beispiel im Buchdruckgewerbe bereits seit Jahren vertraglich vereinbart ist.

Daß in den Großstädten mit ihrer großen räumlichen Ausdehnung und den weiten Entfernungen von den Arbeiterwohnungen zur Arbeitsstätte auch in Zukunft eine kürzere, als die normale Arbeitszeit besteht, muß nach wie vor als berechtigt anerkannt werden.

Solange eine völlige Gleichmäßigkeit in der Dauer der Arbeitszeit allgemein nicht möglich ist, muß bei der Klassifizierung der Städte von der Rücksichtnahme auf folgende Bedingungen ausgegangen werden: a) die Größe der Stadt; b) die Nähe einer Großstadt; c) die Bedeutung der Industrie am Orte; d) die Betriebsart; e) Rücksichten auf Nachbarstädte und verwandte Betriebe; f) die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter.

Die von den Arbeitern in einzelnen Städten vermög ihrer Organisation erzwungenen günstigeren Positionen werden neben der allgemeinen Vereinbarung uneingeschränkt anerkannt. Ebenso dürfen selbstverständlich etwaige in einzelnen Betrieben bereits eingeführte bessere Bedingungen nicht zugunsten einer Egalisierung wieder verschlechtert werden.

Trotzdem also schon vor Jahren diese Uebereinstimmung erzielt war, ist doch inzwischen aus der Realisierung des ganzen Planes nichts geworden, weil die Unternehmer der einzelnen Orte entgegen dieser von ihrem Zentralvorstand anerkannten Grundzüge sich gegen jede Verkürzung der Arbeitszeit wehrten. In jedem Jahre wiederholten sich die Kämpfe um die Arbeitszeit, Stunde um Stunde Verkürzung mußten sich die Arbeiter erstreiten.

Aus diesen Kämpfen heraus erwuchs der Unternehmerorganisation immer wieder die zwingende Notwendigkeit, daß schließlich doch der generellen Regelung der Arbeitszeit nicht länger mehr auszuweichen sein werde. Es kam zu einer Vereinbarung, nach der im Laufe dieses Sommers abermals an die praktische Lösung der Frage herantreten werden sollte. Demzufolge fand in der Zeit vom 14. bis 18. August d. J. eine Konferenz der Zentralvorstände unter Einwirkung der zentralen Schiedskommission statt. Die Aussprache über diese Materie, deren Lösung auch jetzt wieder auf gewaltige Schwierigkeiten stößt, beschränkte sich wiederum auf die Erlebigen der zunächst zu überwindenden Vorfragen. Ueber die Grundzüge und die Art der weiteren Verhandlungen wurde zwischen den Parteien ein Einverständnis erzielt, jedoch konnten positive Beschlüsse noch nicht gefaßt werden. Die Zentralvorstände wurden beauftragt, das von den einzelnen Organisationen vorgelegte statistische Material einer eingehenden Durchsicht zu unterziehen und es zu veröffentlichen.

Die Weiterberatung wurde bis nach Erlebigen dieser Vorarbeiten vertagt; es hat aber den Anschein, als wenn die Holzindustriellen die Arbeitszeitverkürzung in scharfer Weise bekämpfen wollten. Sonst müßte die Sache aus dem Stadium der Erwägung heraus sein.

## Literarisches.

**Diebstucht.** Was die Sozialdemokraten sind — und was sie wollen. Preis 25 Pfg. In anschaulicher Weise entwirft Diebstucht „Der Alte“ in der ihm eigenen, markanten und allgemeinverständlichen Sprache in Form eines Vortrages das sozialdemokratische Programm und weist den Indifferenten in das Wesen der Partei ein. Aber auch für Parteigenossen ist diese Broschüre ein instruktiver Führer und sollte immer und immer wieder gelesen werden. Bei Massenbezug wird Vorzugspreis gewährt.

**Feststellungen über Arbeitszeit und Vöhne sowie Mitgliederzahl des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands 1885 bis 1910.** Unter diesem Titel ist soeben im Verlage des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands (Fr. Schrader, Hamburg) eine Broschüre herausgegeben worden, die ein interessantes Bild von dem erfolgreichen Wirken des Verbandes in 25jähriger Tätigkeit gibt. In übersichtlichen Tabellen dargestellt erscheinen die Stundenlöhne, Arbeitszeiten und Mitgliederzahlen seit dem Jahre 1885, zunächst nach Zahlstellen über das ganze Reich, dann nach solchen in den einzelnen Provinzen und Bundesstaaten geordnet. Weitere Tabellen enthalten die Durchschnittsstundenlöhne und Mitgliederzahlen in den Bundesstaaten bzw. Provinzen ebenfalls seit 1885. In einer besonderen Tabelle ist die Steigerung der Durchschnittsstunden- und Durchschnittstageslöhne von 1885 bis 1910 dargestellt. Auch in die Arbeitszeitverkürzung, die in dem gleichen Zeitraum für die Zimmerer erzielt worden ist, läßt eine Tabelle Einsicht gewinnen. Den Großstädten ist eine besondere Tabelle gewidmet. Außer mehreren Vergleichstabellen, welche die Broschüre enthält, wird noch auf das Agitationsfeld der Zimmerer der Welt gelenkt durch Gegenüberstellung der bei einer Erhebung im August 1911 ermittelten Anzahl der Zimmerer und der Mitgliederzahl zu gleicher Zeit.

tun. Bei Anlegung der Kabinen muß natürlich mit dem Raum geteilt werden, und in der Regel stehen zwei Betten übereinander. Aber man schläft in dem untern so gut wie im oberen, und elektrisch betriebene Ventilatoren sorgen für Lüftungserzeugung.

### 4. Ein Blick auf Spanien.

Dienstag mittag hatten wir Southampton verlassen. Am Abend und in der Nacht durchfuhr der Dampfer den Vermelanal zwischen der Südküste Englands und den französischen Nordprovinzen Normandie und Bretagne. In den frühen Morgenstunden des Mittwoch kam die Insel Ouessant in Sicht, der äußerste Vorposten im Nordwesten Frankreichs. Dann nahm uns der weite Golf von Biscaya auf, der wegen seiner Wettermüden sich keines guten Rufes erfreut, uns aber in Ruhe ließ. Am Donnerstag wurde das Kap Finisterre im Nordwesten Spaniens passiert. Der Name bedeutet „Ende der Erde“. Die Römer haben den Felsvorsprung so getauft. Man begreift recht wohl, daß die Alten mit ihren ungelenteten Booten vor Schrecken erstarben, wenn sie sich diesen wild zerklüfteten Küstengebirgen näherten, die sich in rauher Unnahbarkeit hunderte von Kilometern hinziehen, und an denen die Brandung oft haushoch emporschlägt. Uns bereitet die reizvolle Generie Genus. Zwei Tage lang fährt das Schiff an der Küste Portugals und Spaniens entlang, vorbei an dem bei Kap Roca vom hohen Berge herabfallenden Schloße Cintra, vorbei an der Mündung des Tago, an dem Portugals Hauptstadt Lissabon liegt, vorbei an Kap Vincent, hinter dem die Küste im rechten Winkel nach Osten zurückwölbt und der Busen von Radiz sich öffnet. Hatten wir schon im Golf von Biscaya zweimal Walrosse in der Nähe des Schiffes beobachtet können, die ihre Anwesenheit durch die hochaufliegenden Fontänen des ausgeprägten Wassers verraten, so hatten wir im Busen von Radiz das nicht allzuhäufige Schauspiel, gleich vier oder fünf dieser Tiere auf einmal und in unmittelbarer Nähe des Dampfers, kaum zweihundert Meter von ihm entfernt, zu sehen. Zwei davon waren kapitale Burischen von zehn bis zwölf Meter Länge; denn ihre grauschwarzen Rücken waren auf sechs, acht Meter Länge über dem Wasserpiegel sichtbar. Recht amüsant ist das Spiel der Delphine, der sogenannten fliegenden Fische, die sich in ganzen Rudeln tummeln und manchmal ganz respektable Luftsprünge machen, was eine sehr beträchtliche Muskelkraft der feinsten, bis über zwei Meter

langen Tiere, die gleich den Walen zu den Säugern zählen, voraussetzt.

Der aus dem Meere aufsteigende Sonnenball ließ am Sonnabend früh die Gebirgszüge von Nordwestmarokko vor unsern Augen erlängen. Die Straße von Gibraltar, die Spanten von Afrika trennt, war erreicht und damit von Bremen aus eine Strecke von etwa 2800 Kilometern zurückgelegt. Gibraltar! Welche Fülle von geschichtlichen und kulturhistorischen Ereignissen weckt dieser Name! Die „Säulen des Herkules“ nannten die Alten diesen Durchbruch des Atlantischen Ozeans nach dem Mittelmeere. Vor Jahrhunderten mag der damals noch fester fließende Golfstrom das Felsentor zerprengt und das Becken des mittelländischen Meeres gefüllt haben. Ihren heutigen Namen hat die Meerenge vom arabischen Felsberrn Tarik (Gib al Tarik = Berg des Loris), der 711 hier landete, in der Schlacht bei Xeres de la Frontera die westgotische Herrschaft über Spanien vernichtete und Spanien zu einer Provinz des Araberreiches machte, bis 1492 mit der Wiedereroberung Granadas der letzte Rest der maurischen Herrschaft wieder ausgelöscht wurde. Und kaum fünfzig Kilometer südlich von Xeres, von wo aus vor elfhundert Jahren die maurische Herrschaft über das Land ihren Anfang nahm, liegt das Kap Trafalgar, wo vor hundert Jahren, 1805, der englische Admiral Nelson die spanisch-französische Flotte vernichtete und damit England aus der eisernen Umarmung Napoleons befreite. Die gewaltige Nelsonsäule auf dem Trafalgar-Square (StraÙe) in London zeigt, daß die Engländer die Bedeutung jener Seeschlacht, bei der Nelson seinen Tod fand, zu würdigen gewußt haben.

Aber nein, mein Lieber, ich will dir keine geschichtlichen Vorlesungen halten. Doch wenn man zum erstenmal vor dem Eingangstor zu dem merkwürdigen Lande steht, von dem man schon soviel gelesen und gehört hat, da schwirren solche Erinnerungen auf, zumal die Felsen des Kap Trafalgar diesen Morgen im ersten Grauen sichtbar waren.

Also wir durchfahren die Straße von Gibraltar. Im afrikanischen Ufer sehen wir die weißen Häuser von Tanger. Wären wir im Ozean die marokkanische Küste entlang gefahren und nicht in die Straße von Gibraltar eingegangen, so könnten wir bei schnellster Fahrt nach etwa 15 Stunden in Agadir landen, bekannt durch den

närrischen Pantherprung vom vorigen Jahre. Aber da wir ohnehin die Nase von Marokko voll haben, kehrt das Schiff der afrikanischen Küste sein Hinterteil zu und steuert nordwärts. Wir sehen noch das unweit von Tanger gelegene Ceuta, einen stark besetzten Platz, der gegenüber von Gibraltar liegt und wie dieses den Eingang zum Mittelmeer beherrscht, aber im spanischen Besitze ist, während bekanntlich das auf spanischem Boden liegende Gibraltar den Engländern gehört.

Zimmer näher rücken die schon umrissenen Bergreihen der spanischen Küste. Wir befinden uns bereits in dem weit ausgehöhlten Busen von Gibraltar, in dessen Hintergrund Algeciras liegt, eine alexandrinische, interessante Stadt mit sauberen Gassen und Plätzen, wie sie in Spanien nicht allzuhäufig sind. Hier wurden die bekannten Abkommen über Marokko abgeschlossen, durch welche sich die Diplomaten gegenseitig so freundschaftlich über's Ohr gehauen haben, daß man noch immer nicht weiß, wer eigentlich der am meisten Gemachtete gewesen ist. Am äußeren Ende der tausendlangen, schmalen Landzunge, die den Busen von Gibraltar nach Osten abschließt, steigt unvermittelt aus der Ebene ein gewaltiger Felsblock auf, der sich bis 425 Meter erhebt, an 4,5 Kilometer lang ist und nach Nord und Ost in schauerlicher Steilheit senkrecht abfällt. Das ist Gibraltar, der Gibl al Tarik, an dessen sanfteren Westabhang die gleichnamige Stadt sich schmiegelt. Den Phöniziern schreibt man die ersten Ansiedelungen hier zu. 1704 überzogen die Engländer durch einen kühnen Handstreich den Platz, und seitdem ist er in ihrem Besitze geblieben. Jetzt ist der Felsen mit schwersten Geschützen besetzt, und die ständige Garnison beträgt 6500 Mann. Im tiefen Hafen liegt ein Geschwader der englischen Kriegsmarine; doch alles das macht keinen bedrohlichen Eindruck. Der waffenstarrende Munitionsberg mündet an wie eine Festschluchtspitze aus vergangenen Zeiten. Ich persönlich glaube schon längst nicht mehr an einen Krieg zwischen den west- und mitteleuropäischen Großmächten. Die dem Kapitalismus innewohnenden Tendenzen, die auf Erhaltung des Friedens gerichtet sind, erweisen sich eben stärker als die andern, die bei einem Reize ihr Pfeifen schneiden können. Angesichts der Stadt Algeciras und der Bergkette von Sandelsköpfen aller Völker, die die Meere durchkreuzen, wird die Auffassung noch verstärkt.